

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: W. H. Köhling in Düsseldorf,
Gorneliusstr. 68. Berichte, kleine Beiträge u. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzusenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
3 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van den Kerkhof, Luth. Kirchstr. 66.
22222222 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 25. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 22. Juni 1907. Fernsprech-Nummer 4423. 9. Jahrgang.

Was über die geistige Bildung der Arbeiter.

Warum immer wieder dieses Kapitel? Sollen wir nicht lieber unsere ganze Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen Aufgaben zuwenden, die gar oft kaum zu bewältigen sind. Das können und dürfen wir nicht, denn als unsere Aufgabe ist im Statut ausdrücklich genannt: die wirtschaftliche, geistige und sittliche Hebung der Mitglieder.

Es sei zunächst betont, daß wir Gewerkschaftler unter Bildungsbestrebungen nicht die Nachahmung des „gebildeten Benehmens“ der höheren Stände verstehen, so notwendig es auch ist, daß der organisierte Arbeiter sich auch nach Außen hin als geistiger und charaktervoller Mensch zeigt. Die Bildung des Arbeiters muß den ganzen Menschen erfassen, sie muß auf Herz, Geist und Gemüt wirken, sie muß ihn empfindsam machen und ihn begeistern für alles Schöne, Gute und Edle. Darum soll der christliche Arbeiter neben der Gewerkschaft auch seinem konfessionellen Arbeiterverein angehören, damit alle edlen Kräfte im Arbeiter geweckt und gepflegt werden.

Professor Hize hat uns zur Zeit die Wege gezeigt, die zum Ziele der wahren Arbeiterbildung führen. — Religion — Familie — Beruf — Natur — Heimat und Vaterland — sind die Hauptfaktoren, an welche die Bildungsbestrebungen anknüpfen sollen. — Die Religion an erster Stelle. Es ist nicht wahr, daß die Sorgen des Lebens des Arbeiters die Religion überdrüssig, überflüssig macht, im Gegenteil macht man die Erfahrung, daß selbst jene Arbeiter, die in Folge ihrer wirtschaftlichen Mißverhältnisse dem Sozialismus verfallen, sich mit Vorliebe in religionsphilosophische Studien vertiefen (Dr. Pfannkuch: „Was liegt der deutsche Arbeiter?“). Und ganz natürlich; die sozialistische Wissenschaft ist nicht unfruchtbar, dem suchenden, zweifelnden Arbeiter auf die inhaltsschwere Frage, dem Problem des Lebens: „Woher? Wohin?“ zu antworten. Und klein ist die Zahl derer, die sich mit der Erkenntnis zufrieden geben, ein hochentwickelter Affe zu sein, und klein ist die Zahl derer, die sich mit der Aschenurne, dem Grabe als letzte Bestimmung zufrieden geben. Der religiöse Arbeiter bewußt, der glaubenslos unbetruht, anerkennen mit ihrem Drängen auf Antwort auf jene Lebensfrage die Wahrheit der Schiller'schen Dichtung: „Die Hoffnung“, deren Schlußvers lautet:

„Es ist kein leerer törichter Wahn
Erzeugt im Geiste des Voren,
Im Herzen kühlt es laut sich an,
In was Besserm sind wir geboren,
Und was die innere Stimme spricht,
Das täuscht die hoffende Seele nicht!“

Und findet der religiöse Arbeiter nicht auch in Folge seiner idealen Auffassung von der Ehe, eine reiche Schatzgrube der Bildung in der Familie. Statt dem Arbeiter seine Wohnung aus, daß ihm der Aufenthalt in derselben als Erholung dient, daß er mit Freunden nach Habituell seinen Schritte heimwärts lenkt, wo hohe ideale Aufgaben seiner harren: die Kindererziehung. — Laßt ihn Zeit finden, sich seiner Familie zu widmen, und die recht rauhe Schule des Arbeiters läßt ein tiefes, reiches, geistvolles Gemüt erkennen, und leicht gewinnt ihr ihn, sich selber auszubilden, weil er das Gelernte verwerten kann in der Familie! Vielfach hört man, wenn von Arbeiterbildung die Rede ist, den Vorwurf, diese (die höhere Bildung) nehme dem Arbeiter die Berufsruhe. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Man werfe einen Blick in die Bildungsanstalten der Maschinen- und anderer Industrien, fragen wir den wegen der Hitze nur halbkleideten, zughitzschwarzen Arbeiter nach dem Zweck, der Funktion der Maschine, die er bedient, stoßen wir da nicht auf Antworten, die fast auf ein gewisses „freundliches“ Verhältnis des Arbeiters zu seiner Maschine schließen lassen? Wie geht er seinen Stolz darin, daß „seine“ Maschine die sauberste des Saales ist, und wie ausgebildet ist das Bewußtsein der Verantwortung; kurz, der Arbeiter hat Freude an seinem Beruf, an seiner Arbeit, und eigentümlich — finden wir bei genauer Beobachtung, daß jene berufsfremdigen, berufstollen Arbeiter identisch sind mit denen, die sich an der Forderung der Berufsorganisationen befinden, die sich bitter beklagen, daß der einjährige Tropfen Wermut in der Berufsruhe, die oft miserablen Lohnverhältnisse, die Säpitanen jener sind, die da in der organisatorischen Betätigung der Arbeiter eine Gefährdung des Berufsinteresses erblicken.

Und die Natur als Bildungsmittel! „Schau auf!“ ruft Dr. Hize dem Arbeiter zu: „Schau auf zu dem mit Sternen besäten Himmel, zähle sie, wenn du kannst, laß dir erzählen von ihrer Größe, ihrer Zahl; betrachte die Wolken, ihren Wechsel, ihre Farben, die goldige Umfärbung bei Sonnenauf- und Untergang, schaue die Berge, die Meere, die deine Fantasie dir vorgaukelt in wunderbarer Pracht. Fenster auf! Ausgeschaut, wenn die Blitze zucken, die Donner die Welt erzittern lassen — bete an! Gehe hinaus mit Weib, Kind und Freunde in den Wald, behne deine Brust und lausche dem wunderwillen Konzert der Vögel. Führe deine Kleinen zu dem Reichtum am Waldesrausch im Wacholderkraut und zeige ihnen den Baumeister; führe sie an das Wäldchen, laß sie trinken den kühlen Trank, lagere dich mit ihnen auf wunderbaren Moossteppich. Doch siehe! Da naht jubelnd dein Kleinstes, dir einen Blumenkranz zu überreichen, dein Erntebornen erjagt die Schmetterlinge, und wie wird sein Auge erlaut schauen, wenn du ihm von der häßlichen Raupe und ihrer wunderbaren Umgestaltung erzählst.“

Ja, unerlöschliche Quellen der Verstandes- und Herzensbildung bietet die Natur, und diese Erkenntnis liegt auch dem löblichen Bestreben unserer Gemeinde- und Stadtväter zu Grunde, fehlende Wälder in der Umgebung durch Anlagen, Park, zoologische Gärten usw. zu ersetzen. Aber wann wird es dem Arbeiter möglich werden, diese Einrichtungen, die doch auch für ihn geschaffen sein sollen, zu benutzen? Wenn er durch ein geregeltes Arbeitsverhältnis, eine mäßig beschränkte Arbeitszeit, nicht mehr zu schlaf, zu ermattet ist, Erholung in der Natur zu suchen nach der Tageslast. Wenn er durch den erhebend bildenden Einfluß der Organisationen zu dem Standpunkte sich erschwingen, nicht im Wirtschaftshaus seine Erholung zu suchen. Heute schon macht sich dieser Einfluß geltend; fragt die proletarischen Vierpolitiker und Känonanten nach ihrer Organisationsangehörigkeit, und ihr werdet finden, daß sie von solchen nichts wissen wollen. Der standesbewußte Gewerkschaftler weiß besseres zu tun, als sein sauerverdientes Geld in Alkohol unzugeben.

Die Heimat, das Vaterland als Bildungsmittel, Geschichte der politischen gewerblichen Entwicklung, die heimatischen vaterländischen Kunstwerke, hat da nicht gerade der deutsche Arbeiter mehr als andere einen großen Reichtum an Bildungsmaterial? Und dann nicht zu vergessen, führt den Arbeiter in die Volkswirtschaft ein, diese Wissenschaft des Volkes im Sinne des Wortes, daß er merke die Gesetze, welche eine gesunde Volkswirtschaft bedingen, daß er merke, wo die Ursachen der sozialen Mißstände liegen, wo bringt ihr den Arbeiter zu einem objektiven Erfassen und einem objektiven Urteil, das stürmische, blinde, anarchisierende Draufgängerturn wird verschwinden, und einer sachlichen, ruhigen Mitarbeit in den Organisationen, in der Sozialpolitik Platz machen.

Zur Charakteristik der Berliner Fachabteilungen.

Die Hauptthemen der Berliner Fachabteilungen ist Schließen, das klassische Gebiet des Arbeiterlehens. Dort wirken jetzt eine Reihe Berliner Sekretäre, um die Arbeiterfrage nach den Rezepten der Fachabteilungen zu lösen.

Der Fachabteilungssekretär Hoffmann hat statistische Erhebungen über das Einkommen von 27 Arbeiterfamilien in Landeshut i. Schl. angestellt, weil die dortigen Fabrikanten die Löhne der Arbeiter als ausreichend bezeichnet hatten. Ueber das Ergebnis dieser Erhebungen berichtet der Berliner „Arbeiter“ in seiner Nr. 24 folgendermaßen:

„Es sind von Arbeitersekretär Hoffmann statistische Erhebungen bei 27 Familien und 23 Alleinlebenden gemacht worden. (Zu bemerken ist, daß sich die Solisten an der Statistik beteiligt haben.) Diese 27 Familien hatten im Jahre 1906 eine Gesamteinnahme von 24 633,27 M. Im Durchschnitt kommt auf die Person, das Mann und Frau arbeiten, 156,17 M. jährlich oder 9 M. wöchentlich!!! Dieses Einkommen deckt die Ausgaben nicht. Dieselben betragen bei 27 Familien insgesamt 25 183,82 M. Aus neun Familien, weil kinderlos, weisen ein Plus nach, 18 dagegen hatten Defizit, lebten von Schulden. Bei den Alleinlebenden ist die Sache nicht besser. Das Durchschnittseinkommen betrug 129,22 M. pro Person (wöchentlich 5 M.). Die Ausgaben 141,75 M. Nach diesen Zahlen läßt sich nicht gut behaupten: Der Lohn ist ausreichend!“

Die Berliner Herren betrachten also Wochenverdienste von 9 M. ebenfalls als ungenügend, und sie haben, ebenso wie der „deutsche“ und der christliche Verband, Eingaben um Erhöhung des Lohnes sowie Einführung von Arbeiterausschüssen gemacht.

Aber auch die „Berliner“ wurden seitens der Fabrikanten keiner direkten Antwort gewürdigt, vielmehr als — Sozialdemokraten bezeichnet, weil sie ja auch Forderungen stellten. Ein Fabrikant trieb die Verhöhnung seiner Arbeiter so weit, daß er denselben erklärte, nächsten April wolle er weiter verhandeln.

Demgegenüber gibt nun der Berliner „Arbeiter“ die Parole für seine Anhänger aus: Nicht stillstehen, sondern energisch weiter — verhandeln.

Nun sei uns die Frage gestattet: Wenn die Fabrikanten sich auch später auf keine Verhandlungen einlassen, sondern die Forderungen der Arbeiter auch wieder damit abtun, daß die Löhne ausreichend und eine Verringerung der Arbeitszeit sowie die Einführung von Arbeiterausschüssen unnütz wären? Was dann? Dann wird der Berliner Verband, als prinzipieller Gegner des Machtkampfes, solange ruhig sein, bis den Fabrikanten die nötige „Einigkeit“ kommt.

Wenn aber christlich organisierte Arbeiter ihrem guten Recht in solchen Fällen durch das Mittel des Streiks Anerkennung verschaffen wollen, dann werden sie von den Berliner Herrschaften bezichtigt, daß sie die Arbeiterfrage zur Machfrage kempfen. Daß man auch Rechtsfragen eventl. mit Machtmitteln verteidigen kann, dafür fehlt den „Berlinern“ anjehrend jedes Verständnis.

Wir würden es nicht für nötig halten, uns mit den „Berlinern“ zu beschäftigen, weil diese nicht streiken wollen. Damit begnügen sich diese Leute aber nicht, sondern sie erblicken eine ihrer Aufgaben darin, durch Forderung von Streikbrechern den um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen, wie sie es z. B. bei dem Streit auf den Schlegeler Gruben und Neuröder Kohlen- und Tonwerken ge-

macht haben. Die Werksleitung hatte 14 Bergleute wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahnt, weshalb etwa die Hälfte der Belegschaft in den Streik trat. Die Berliner Fachabteiler begnügten sich nun nicht damit, daß sie sich nicht an dem Streik beteiligten, sondern sie organisierten auch einen gut funktionierenden Streikbrechernachweis, wie nachfolgender Brief eines Berliner Arbeitervertreter's beweist:

„Glatz, den 27. Sept. 1906.“

Mein lieber Freund!

Dein Wunsch kommt gerade zur richtigen Zeit. Wir haben nämlich gegenwärtig eine Lieferung von ca. 100 Leuten an die Schlegeler Grube und in dieser Woche schon stramm gearbeitet. Zum Werben kann ich eine freie Kraft zur Verfügung stellen. Natürlich muß die Direktion die schriftliche Erklärung geben, daß sie für die Aufwendungen auskommt.

Die Direktion der „Neuröder Kohlen- und Tonwerke“ hat es schon getan!

Du weißt also, wie die Sache steht und warum es sich handelt. Ich bitte um baldmöglichste Antwort.

Mit herzl. Verbandsgruß
Dein Freund
Steiger!

Besten Gruß an Herrn Steiger! — Aber! daß die Sache nicht vorher zu den Ohren der „Roten“ kommt.

Die werden ohnehin fluchen, wenn sie von unserer Streikbrecherarbeit hören. Ueber die Neuröder Werke ist von den „Roten“ die Sperre verhängt!

Grüß. D. D.“

Folgender gedruckte Zettel war dem Schreiben beigelegt:

„Junge kräftige Leute, welche Lust haben, sich dem Bergmannsstande zu widmen, können sich heute Abend von — bis — Uhr bei der unterzeichneten Kommission im — melden.“

Die Kommission des Arbeiternachweises der katholischen Arbeitervereine.“

Wir wollen die Wirkung dieses Schreibens nicht durch einen längeren Kommentar abschwächen. Wer sich selbst als Streikbrecheragent bezeichnet, der ist in den Augen aller wirklichen Gewerkschaftler gerichtet. Wie lange aber werden sich noch Arbeiter finden, die sich von einer solchen Gesellschaft betören lassen? Besonders sind die in so unendlich traurigen Verhältnissen lebenden schlesischen Arbeiter zu bedauern, die durch die Machinationen der „Berliner“ an der Verbesserung ihrer Lage gehindert werden. Hoffentlich kommen die schlesischen Arbeiter recht bald zu der Erkenntnis, daß sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen müssen, wenn sie ihr trauriges Los wirklich verbessern wollen.

Sozialpolitisches aus der Schweiz.

Die Schweiz gilt bekanntlich als eines der freiesten Staatsgebilde moderner Kulturvölker. Jedenfalls ist der direkte Einfluß des Volkes auf die politische Gestaltung der Verhältnisse neben den Vereinigten Staaten von Amerika nirgends größer als in der Schweiz. Die schweizerische Eidgenossenschaft, die ein Bundesstaat ist, besteht aus 22 Kantonen, 3 Halbkantone inbegreifen. Die Kantone haben ihre eigene Verfassung und geben sich ihre privat- und strafrechtliche Gesetzgebung selber. Jeder Kanton wählt zwei Vertreter zum Ständerat (erste Kammer), während für je 20 000 Einwohner ein Vertreter in den Nationalrat (zweite Kammer) gewählt wird. Wasberechtigt und wahlfähig ist jeder 20 Jahre alte Schweizer und Bürger. National- und Ständerat bilden die vereinigte Bundesversammlung, welche den siebenjährigen Bundesrat (Regierung) und aus diesen alljährlich den Präsidenten der Republik wählt. Das Schweizervolk hat das Recht des Referendums und der Initiative. In einer Frist von 90 Tagen kann für Gesetze, welche von den Räten angenommen worden, das Referendum verlangt werden, d. h. wenn 30 000 stimmfähige Schweizer Bürger oder acht Kantone es verlangen, muß das Gesetz dem Volke zur Abstimmung unterbreitet werden. Ebenso kann die Anregung oder Initiative zur Gesetzgebung auch vom Volke ausgehen (Verfassungsinitiative). Die Verfassung unterliegt zwischen Initiativebegehren in der Form der allgemeinen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfes. Beide Arten erfordern, daß sie von 50 000 stimmfähigen Schweizer Bürgern gestellt werden. Diese Rechte sind sowohl in der kantonalen, als auch in der Gemeindegeseßgebung, ja hier noch in vermehrtem Maße gewährleistet. Alle richterliche Beamten, mit Ausnahme der Bundesrichter, die vom Ständerat und Nationalrat gewählt werden, Lehrer, Beamten usw. werden durch das Volk gewählt. Man sollte daher meinen, daß in einem solchen Lande für die arbeitenden Stände, die doch die Mehrheit des Volkes bilden, aufs Beste gesorgt sei. Daß dem nicht so ist, werden wir bald sehen.

Die schweizerische Arbeiterbewegung ist eine gegebene, welche früher nach Erlass des Fabrikgesetzes 1877 mit zu der besten gezählt werden durfte, ist jetzt von andern Ländern weit überholt. Eine Revision des genannten Gesetzes wäre dringend notwendig, aber es will diese Revision, trotzdem die Arbeiterchaft schon längst gefordert, doch nicht vorwärts gehen. Eine staatliche Arbeiterversicherung existiert in der Schweiz nicht. Die Unternehmer

haben lediglich für Unfälle zu haften, die in ihrem Betriebe vorkommen. Sie schützen sich dagegen, indem sie, wie in England, an Versicherungsgesellschaften bestimmte Beiträge leisten. Bei dauernder Erwerbsbeschränktheit kann dann der Arbeiter gegen die nach kapitalistischen Grundfragen verwalteten Versicherungsgesellschaften um seine Ansprüche prozessieren. Die Höchstversicherungssumme für einen unfallverletzten Arbeiter beträgt 6000 Frs. (Mar. 4800), die entweder je nach dem Grade der Erwerbsbeschränktheit als einmalige Abfindungssumme verabsolgt wird oder als Zeitrente so lange zur Auszahlung gelangt, bis der betreffende Betrag erreicht ist. Nachher kann der unfallverletzte oder verkrüppelte Arbeiter sehen, wie er sich die Mittel zu seinem Lebensunterhalt beschafft. Jedenfalls ein wenig idealer Zustand! Unternehmer, die bis zu fünf Arbeiter beschäftigen, unterliegen nicht dem Haftpflichtgesetz, auch dann nicht, wenn sie mit besonderer Gefahr verbundene Arbeiten ausführen. Für Arbeiter in den Kleinbetrieben ist somit gegen die Unfallgefahr nicht im mindesten Vorkehrung getroffen. Eine Alters- und Invaliditätsversicherung kennt man in der Schweiz ebenfalls nicht; gegen Krankheit sind die meisten Arbeiter in Hilfskassen versichert, zu denen unternehmerseitig Beiträge nicht geleistet werden. Gewerliche Schiedsgerichte sind in größeren Orten vorhanden, doch sind die Mängel derselben ebenfalls größer als die der deutschen Gewerbegerichte. Zunächst findet die Wahl der Richter nur dann statt, wenn eine größere Anzahl derselben abgereift oder verstorben ist, eine sehr unregelmäßige, und dann ist eine Neuwahl nicht durch Statut vorgesehen, sondern wird von der Behörde bestimmt. Des Ferneren: während in Deutschland wohl in den meisten Fällen die verurteilten Arbeitgeber direkt vor dem Gewerbegericht dem Klagen den strittigen Betrag ausshändigen, hat in der Schweiz nach dem Urteilspruch der Kläger sehr häufig eine langwierige Beitreibung einzuleiten (Pfändung u.), um im Besitze des ihm rechtlich zugesprochenen Wertes zu gelangen.

Die Ursache dieser mangelhaften staatlichen Arbeiterfürsorge dürfte insbesondere auf zwei Umständen zurückzuführen sein: das Uebervogeln der nichtindustriell tätigen Bevölkerung und die große Zahl der in der Schweiz ansässigen Ausländer. Sozialpolitische Gesetze, die sich auf die ganze Eidgenossenschaft erstrecken sollen, laufen, infolge der differierenden Interessen zwischen industriellen und nichtindustriellen Kantone, Gefahr, in einer Volksabstimmung verworfen zu werden. Dann sind von den rund 3 1/2 Millionen Einwohnern der Schweiz über 400 000 Ausländer, die auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse der Schweiz keinen Einfluß ausüben können, von der Teilnahme an Wahlen und Volksabstimmungen ausgeschlossen sind. Und die Ausländer gehören größtenteils den arbeitenden Ständen an. In den beiden größten Städten der Schweiz, Zürich und Basel, sollen 40 bzw. 60% der Bevölkerung Ausländer sein. Hier läßt sonach nur ein kleiner Kreis Eingewandener die politischen Funktionen aus. Den Ausländern wird die Naturalisation dadurch erschwert, daß die einzelnen Kantone zwischen 800 und 2000 Frs. Bürgerrechtsgebühren erheben; dazu kommen noch die Gebühren für das Bürgerrecht der Eidgenossenschaft und das der Gemeinden, die allerdings nur gering sind. Von den Arbeitern vermehren daher nur sehr wenige mit solch hohen Gebühren sich Staatsbürgerrechte zu erlangen.

Was an gesetzlicher Sozialreform mangelt, sucht man vielfach durch Selbsthilfe zu ersetzen. So haben sich die christlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz manche mühseligste Einrichtungen geschaffen; u. a. eine Pensionskasse, eine Sterbekasse und eine Genossenschaftsbank. Zur Pensionskasse beträgt der Wochenbeitrag 50 Cts. (40 Pfg.). Dafür werden vom 60. Lebensjahre ab folgende Renten gewährt:

Alter des Eintrittes	Beitrag jährlich vom 60. Altersjahre an
20 Jahre	Fr. 300
25 "	" 250
30 "	" 200
35 "	" 150
40 "	" 100
45 "	" 75
50 "	" 50

In der Sterbekasse können sich die Mitglieder bei einem Jahresbeitrag bis 16 Frs. ein Sterbegeld in Höhe von 500 Frs. sichern.

Daneben wird das Genossenschaftswesen von der christlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz eifrig gepflegt. Allein in Zürich verfügen dieselben über sieben Banken. Die beste genossenschaftliche Einrichtung der Schweizer christlichen Arbeiterorganisationen ist wohl die Genossenschaftsbank im St. Gallen. Dieselbe hatte im Jahre 1906, dem zweiten seit der Errichtung, einen Umlauf von rund 15 000 000 Frs. und hat in diesem Jahre noch etwas bedeutend gesteigerten Umlauf zu verzeichnen. Diese Bank kann als der Zentralpunkt der christlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz bezeichnet werden. Bei ihr laufen sämtliche Gelder ein, die diese vortätigkeit für die verschiedenen Zwecke der christlichen Arbeiterorganisationen zu veranlassen. Auch die Sparkassen der Vereine und Privatsparvereine übergeben der Bank ihre Kapitalien zur nutzbringenden Anlegung. Auf Spekulationen darf sich die Bank nicht einlassen, sobald bei normalen Verhältnissen jedes Risiko ausgeschlossen ist. Trotz des verhältnismäßig hohen Umlaufes des letzten Jahres waren nicht die geringsten Verluste zu verzeichnen und konnten die

genossenschaftlichen sowie gesicherten Produktgenossenschaftlichen Kapitalien beschafft werden. Für Verluste haben die Vereine mit ihren Mitgliedern, sowie der Vorstand und die Verwaltung der Bank unbefristet aufzukommen, sobald eine unvorhergesehene Abnahme von vornherein ausgeschlossen erscheint. Der Uebertrag der Bank fließt zu 80% dem Reservefonds und zu 20% den christlichen Arbeiterorganisationen zur freien Verwendung zu.

Ueber die Schweizer Arbeiterorganisationen das folgende: zunächst ist hier der Arbeiterbund zu erwähnen. Derselbe hat sämtliche Organisationen der Schweiz, die Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählen, angeschlossen: katholische und evangelische Arbeitervereine, christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften, katholischer Volksverein, Krankenversicherungsvereine, katholischer Arbeiterbund. Der Arbeiterbund erhebt keine Beiträge. Er wird aus Mitteln der Eigenwirtschaft subventioniert und unterhält in mehreren Städten Sekretariate, von welchen das Hauptsekretariat sich in Zürich befindet. Zeitweise hält der Arbeiterbund Kongresse ab, um zu Fragen der geistlichen Sozialreform und zu sonstigen die Arbeiter insgesamt betreffenden Fragen Stellung zu nehmen. Etwas ähnliches kommt dabei nicht viel heraus, was bei seiner vielgestaltigen Zusammenfassung erklärlich ist.

Dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund gehören über 30 Verbände mit ca. 60 000 Mitgliedern an; außerdem das Gewerkschaftsbundes stehen neben den Eisenbahnern noch einige unbedeutende Organisationen mit ca. 20 000 Mitgliedern; auch diese Verbände stehen der Sozialdemokratie sehr nahe. Den christlichen Arbeiterorganisationen (Arbeitervereine, Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften) sind rund 25 000 Arbeiter angeschlossen. Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz sind noch sehr jung. Bis vor wenigen Jahren kämpften noch führende Verbände in christlichen Lager energisch für neutrale Gewerkschaften. Inzwischen schwanken die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände immer mehr ins radikal-sozialdemokratische Lager, so daß die christlich gesinnten Arbeiter der Schweiz in der Gewerkschaftsfrage nachträglich denselben Weg gingen, den ihre deutschen Kollegen vorher beschritten. Heute bestehen christlich gesinnte Verbände Berufsverbande: Textil-, Metall-, Holzarbeiter, Maurer, Kleidermacher, Konditoren und graphisches Gewerbe. Dazu bestehen noch einige örtliche Sektionen für städtische Arbeiter und für die Lebens- und Genussmittelindustrie. Den christlichen Gewerkschaften insgesamt gehören einschließlich der mit den Textilarbeitern verbundenen Arbeiterinnen rund 11 000 Mitglieder an. Der Wochenbeitrag schwankt zwischen 20 und 50 Cts. (16-40 Pf.). Gewerkschaftsblätter erscheinen zwei: „Der Gewerkschafter“ und die „Zeitung für Stadler und übrige Textilindustrie“. Auch sind bereits vier Gewerkschaftsjournale angelegt. Eine ganze Anzahl deutscher Kollegen, die früher in Deutschland christlichen Gewerkschaften angehört und Unterrichtsstunden betreiben, sind gegenwärtig in den christlichen Gewerkschaften der Schweiz agitativ tätig. Es sind also dort bereits gute gewerkschaftliche Ansätze vorhanden; an Opfermut und Energie fehlt es ebenfalls nicht, jedoch wohl in nicht zu ferner Zeit auch von der Schweiz über starke christliche Berufsorganisationen berichtet werden kann.

Was fordert und was bietet eine gelbe Gewerkschaft.

Die Statuten der „gelben“ Gewerkschaften stimmen sämtlich in dem Punkte überein, daß die Mitgliedschaft zu diesen Verbänden durch ausdrücklichen Verzicht auf die Benutzung des Koalitionsrechts erkauft werden muß. Der, dem das Bündel zuteil wird, in einen solchen Verein als Mitglied aufgenommen zu werden, begibt sich damit nicht allein des Koalitionsrechts. Nein, letzteres wartet noch ein übriges! Durch ein verächtliches Sperr- und Prämiensystem — die Gewerkschaftsbeiträge wandern jetzt in eine Werkstätte, wo sie besser aufgehoben sein und sich versichern lassen — gerät der Arbeiter, wenn er bei Verlassen der Arbeit sich nicht Verlusten aussetzen will, in ein Verhältnis einer gewissen Gebundenheit, das ihm im Falle der Freizügigkeit an der besten und

lohnendsten Verwertung seines Arbeitskraft indiziert hindert.

Als ein typisches Muster sei das System des Berliner Eckert-Werk (Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen) angeführt. Die Firma hat einen „Spar- und Prämienverein der Arbeiter der A.-G. F. Eckert-Richterberg“ am 1. April 1907 ins Leben gerufen, dem jeder Arbeiter des Betriebes angehört, der Mitglied seiner gewerkschaftlichen Organisation ist oder solche unterstellt, die bei Streiks- und Aussperrungen Unterstützung an ihre Mitglieder zahlen. „Der Verein bezweckt die Förderung des Sparwesens, seiner Mitglieder“. Die Vereinsmitglieder führen jede Woche 40 Pf. an den Verein ab. Die Firma quittiert in der wöchentlichen Lohnabrechnung über den Eingang der Sparbeträge und gibt die jeweilige Gesamtsumme der Spargelder an. Beim etwaigen Austritt der Mitglieder werden die Spargelder zurückgezahlt, im Todesfälle geschieht dies an die Hinterbliebenen. Die Aktiengesellschaft F. F. Eckert wird die Spareinlagen mit 6 Prozent verzinsen, unter der Annahme, als ob das ganze zur Verfügung kommende Spargeld am ersten Einzahlungstage eingezahlt worden wäre. Diejenigen Arbeiter, die am Schlusse eines Geschäftsjahres die Mitgliedschaft besitzen und bei Beginn desselben bereits ununterbrochen ein Jahr im Dienst der Gesellschaft gestanden haben, erhalten auf den Zinsen eine Prämie von 50 Prozent der getarnten Einlagen, bei einer ununterbrochenen Dienstzeit von zehn Jahren eine Prämie von 200 Prozent der Spareinlagen. — Die Prämien belaufen sich also in Nettobeträgen, nach Aufrechnung von 6 Prozent Zinsen für die Spareinlagen, für das erste Dienstjahr auf etwa 90 Mk., was eine Lohnzulage von 18 Pf. pro Woche bedeutet, für die nächsten beiden Dienstjahre zusammen auf 53 Mk. (gleich einer Wochenzulage von etwa 50 Pf. gegenüber dem Eintrittslohn), für das vierte bis sechste Dienstjahr auf 155 Mk. (— Wochenzulage während dieser Periode, verglichen mit dem Eintrittslohn etwa 1 Mk. —), für das siebente bis zehnte Dienstjahr auf 352 Mk., was eine wöchentliche Lohnzulage in dieser Periode von 1,75 Mark oder 75 Pf. mehr als in den vorausgegangenen drei Jahren bedeutet. Dafür verzichten die Arbeiter auf das Koalitionsrecht, dessen Ausübung in erlaubter Weise dem Arbeiter in einem zehnjährigen Zeitraum ganz andere wirtschaftliche Vorteile bieten würde, als dieses Spar- und Prämiensystem, abgesehen von der Entwürdigung, die in dem Verzicht auf ein menschliches Naturrecht liegt.

Aus der Praxis der Invalidenversicherungsanstalten.

Eine umfangreiche Begründung über die Rentenanforderungen bei den Versicherungsanstalten, gibt der diesjährige Bericht des Reichsversicherungsamtes, der verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Die Verwaltung der Rentenversicherungsanstalten ist bestrebt, sich auf die Kontrolle der Reichsversicherungsamtes vorzunehmende Kontrolle der Rentenempfänger an Ort und Stelle. In dem genannten Bericht des Reichsversicherungsamtes heißt es: Die neue Begriffsbestimmung der Erwerbsunfähigkeit und die Abänderung der Besetzung liegen ein wichtiges Anliegen der Verwaltungsstellen nach dem Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes im Jahre 1900 erwarten. Statt dessen zeigte das Jahr 1900 ein unerwartet hohes Ansehen der Zahl der Rentenempfänger über dem Jahre 1899. Von den Rentenempfängern im ganzen wurden im Jahre 1899 56 665, im Jahre 1900 aber 125 789 Invalidenrenten festgestellt, die zusammen betrug 24,1%. Dieser Durchschnittszug wurde bei massenhaften Versicherungsanstalten noch weit überschritten. So war beispielsweise die Zahl der Invalidenrenten bei der Versicherungsanstalt für Arbeiter von 1893 auf 6668, also um 35,1%, und bei der Versicherungsanstalt für Arbeiter von 3078 auf 4417, also um 41,5%, gestiegen. In Wirklichkeit war die Zunahme eine noch größere, da die Zahlen für 1893 die sämtlichen Jahreszahlen, die Zahlen für 1900 aber nur die für den Dezember erwerbsunfähiger Arbeiter umfassen.

Das harte Ansehen der Zahl der Invalidenrenten machte es erforderlich, den vorerwähnten Ursachen nachzugehen, und zwar um so mehr, als fast 1000 zur Beurteilung einer gereinigten Verwaltung der Rentenanstalt die Zeit der von dem einzelnen Versicherungsanstalt bewilligten Renten, die sogenannte Gewerkschaft, von allen Versicherungsanstalten getrennt zu tragen ist, und deshalb eine eingehende Untersuchung der Rentenempfänger bei einzelnen Versicherungsanstalten und zu einer Veranschaulichung der anderen Versicherungsanstalten führt. Aus diesem Grunde

hat das Reichsversicherungsamt seit dem Jahre 1901 die Besitze der eine besonders hohe Zahl an Invalidenrenten bewilligenden Versicherungsanstalten durch Beauftragte besichtigt lassen, um an Ort und Stelle die Ursachen dieser Erscheinung zu erforschen. Den Beauftragten des Reichsversicherungsamtes haben sich in der Regel auch solche des Reichsversicherungsamtes des Innern und in mehreren Fällen auch ein Beauftragter des Königlich preussischen Ministers für Handel und Gewerbe angeschlossen.

Die Erhebungen bedurften folgende Versicherungsanstalten: Dampfen und Westfälischen (1901), Bochumer (1902), Sachsen-Anhalt und Hesse-Nassau (1903), Schlesien und Brandenburg (1904), Rheinprovinz und Hannover (1905), Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Berlin (1906).

Bei den ersten Reisen wurde, nachdem eingehend mit den Anstaltsberatern über die Ursachen der Zunahme der Renten beraten worden war, besonderer Wert darauf gelegt, mit möglichst vielen unteren Verwaltungsbediensteten die Frage zu erörtern, was vermutet wurde, daß vielfach besonders die Gründe zu erörtern in den einzelnen Kreisen die Rentenanfrage verursacht hätten. An diesen Verhandlungen nahmen fast regelmäßig auch ein Mitglied des Anstaltsvorstandes und der Reichsrat teil. Bei den Verhandlungen wurde je nachdem darauf hingewiesen, daß der Zweck der Versicherung lediglich die Erziehung der Arbeiter zu den notwendigen Leistungen der Zahl der Invalidenrenten sei, um überleben zu können, oder ein Vermehren dieser Zahlen zu erwarten sei. Besonders wurde betont, daß die Reichsversicherungsanstalten auf besondere Erträge bei der Rentenbewilligung verzichten würden; es sei vielmehr zu erwarten, daß jeder nach dem Gesetz Rentenberechtigter auch tatsächlich sicher und schnell in der Höhe der Rente gelange, insofern nicht vermieden werden könne, daß infolge oberflächlicher Bearbeitung der Rentensachen und solcher Handhabung der bestehenden Bestimmungen solchen Verlangen Renten zugesprochen würden, die den gesetzlichen Voraussetzungen nicht genügen. Nachfolgend wurden im Anschluß an die Verhandlungen gemeinschaftlich mit dem Reichsrat eine Anzahl vorgeladener Rentenempfänger befragt. Dabei zeigte sich sehr bald, daß gerade dieser Befragung und der Besprechung der einzelnen Fälle den Erfolg der Verhandlungen außerordentlich förderten. Infolgedessen wurden bei den späteren Reisen fast nur durch die von den wählenden Beratungen mit den unteren Verwaltungsbediensteten, je nach der zur Verfügung stehenden Zeit, 10 bis 20 Invalidenrentenempfänger vorgeladen, welche bei der Beratung amüsante Kreisläufe bereits im Laufe der vorhergehenden Tage nach Ansicht der Rentenämter unterrichtet hatten.

Das Ergebnis der Erhebungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß nur vereinzelt örtliche Gründe für das Ansteigen der Rentenzahl festgestellt werden konnten, daß dagegen Rentenzunahmen in erheblicher Zahl wegen nicht genügender Aufsicht und der tatsächlichen Verhältnisse und wegen Verletzung der Grenzen zwischen Berufsunfähigkeit und erwerbsfähiger Erwerbsunfähigkeit, insbesondere aber auch in zahlreichen Fällen, wegen zu niedriger oder gar zu hoher der ärztlicher Beurteilung herabgelassen wurden.

Auf der Basis der Beobachtung der Versicherungsanstalten Berlin konnten der Anstaltsvorstand und der Reichsrat der unteren Verwaltungsbehörde örtliche allgemeine belangreiche Gründe für das Ansteigen der Rentenzahlen geltend machen, deren Nachprüfung vorbehalten bleibt. In Betracht kommen besonders folgende vier:

Erstens habe es, wie oben angedeutet, der schnelle Ausbau der Krankenkassen und ihre machende Ausbreitungnahme mit sich gebracht, daß in zahlreichen Fällen, in denen der Antrag auf Beibehaltung wegen der Berufsunfähigkeit auf Wiederbeschäftigung abgelehnt werden mußte, später mit Erfolg Invalidenrente beantragt wurde.

Zweitens habe in Berlin, dem Orte vieler und großer gewerblicher Anlagen, der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt in steigendem Maße das zwar billigeren, aber auch weniger widerstandsfähigen weiblichen Teil der Bevölkerung besonders erfasst. Während beispielsweise die Zahl der in die Versicherung eingetragenen Männer von 20 000 im Jahre 1897 auf 22 000 im Jahre 1905 gestiegen sei, also um 10%, sei die Zahl bei Frauen von 15 000 auf 25 000, d. h. um fast 60% gestiegen.

Drittens seien durch die veränderte Kontrolle der unteren Kreise viele hart an der Grenze der Erwerbsunfähigkeit stehende Personen in die Versicherungspflicht mitbezogen worden; namentlich gelte dies für die gerade der Wirtschaft eigentümlichen Beschäftigten, Arbeiterinnen im Haushalt (Wäsche- und Putzfrauen, Dienstmädchen, Köchinnen und dergleichen), die häufig überhaupt erst in späteren Jahren, insbesondere nach dem Tode des Ernährers, erwerbsunfähig werden. So seien beispielsweise im Jahre 1905 mehr als dreimal soviel im Alter von 50 bis 64 Jahren lebende weibliche Personen in die Versicherung eingetragenen als im Jahre 1897.

Viertens habe sich die veränderte berufliche Besetzung bei der Invalidenversicherungsanstalt Berlin infolge Zuzugs von neuen Arbeitern und der Abwanderung von älteren Arbeitern erheblich erhöht als im Durchschnitt bei den übrigen Versicherungsanstalten bemerkbar.

Die Beauftragten haben durch Besuchen mit dem Reichsversicherungsamt auf die Beschäftigung der ermittelten Mängel hingewiesen. Sodann ist von dem Reichsversicherungsamt und auch in entgegenkommender Weise von den staatlichen Aufsichtsbehörden das zur Verbesserung der gesundheitlichen Beschäftigung der Rentenempfänger Überdachte veranlaßt worden.

Zählt man für die in den Jahren 1901—1905 bezifferten Versicherungsanstalten die Renten zusammen, die in den 4 Vierteln, welche bei jeder Aufsicht voranzugängen, bewilligt wurden, so stellt sich bei ihnen die Zahl der jährlichen Rentenbewilligungen auf 71 634. Im Jahre 1906 sind von diesen Versicherungsanstalten 13 540 Invalidenrenten bewilligt worden. Die Zahl der Bewilligungen ist somit bei ihnen um 239%, also durchschnittlich um 39,2 Prozent in der Folge gestiegen. Die Landesversicherungsanstalten Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Berlin sind in den Vergleich nicht einbezogen worden, weil seit ihrer Verlegung nicht weitere Monate vorliegen sind.

Das Ergebnis dieser Erhebung der Zahl der Invalidenrenten in den Jahren 1902 und 1903 auf 142 789 und 152 869 bei sämtlichen Versicherungsanstalten gibt aus der Betrachtung der sämtlichen Versicherungsanstalten zu ersehen ist, daß die Zahl der Rentenbewilligungen erheblich zurückgegangen. Im Jahre 1904 wurden 140 092, im Jahre 1905 122 868 und im Jahre 1906 sogar nur 103 869 Invalidenrenten festgestellt. Infolgedessen bis dahin großen Erwerbsanstrengungen läßt sich nicht mit einiger Sicherheit übersehen, mit welchem Zugang an Invalidenrenten, abgesehen von der Verzehrung der rentenpflichtigen Bevölkerung, jährlich im Durchschnitt zu rechnen ist und es auf die Dauer die jetzigen Rentenbeiträge zur Invalidenversicherung ausreichen werden. Insofern ist infolge des Rückganges der Zahl der Rentenbewilligungen anzunehmen, daß, wenn die jetzt in Aussicht genommene Erhöhung der Beiträge der Rentenempfänger im ob- oder unterhalb der Höhe der Beiträge nicht erforderlich werden wird.

So weit der Bericht des Reichsversicherungsamtes geht, ist nach mehr als einer halben Jahr interessant. Er zeigt vor allem, wie ungezogen die in der Vergangenheit der Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes ist. Bis in so kurzer Zeit die Rentenbewilligungen heraufgeschossen und ebenso wieder heruntergebrückt werden können, so scheinbar und doch eine recht neue Stelle im Gebiete zu liegen. Örtliche Ursachen sind nach dem Bericht nur vereinzelt anzutreffen. Das liegt im Widerspruch mit der früher von den Versicherungsanstalten vertretenen Anschauung, daß der Unterbau, das ist die örtliche Unterwaltungsbehörde, ihren Aufgaben nicht gewachsen sei.

Dagegen ist in erheblich höherem Maße die unzureichende und zum Teil unrichtige Beurteilung der Kreise als Grund für das Ansteigen der Renten erkannt. Das dürfte in der Tat besonders aus dem Lande häufiger zutreffen, in den Städten und Industriebezirken jedoch weniger. Der Arzt spielt bei der Rentenbewilligung und nach mehr bei der Entziehung der Rente eine ausschlaggebende Rolle. Es ist nicht ratsam, wenn man dabei ausschließlich auf das ärztliche Gutachten hin entgeht.

Wir können trotz der gegenwärtigen Versicherungsverhältnisse den Verdacht nicht unterdrücken, daß die Absicht, unter allen Umständen die Einnahmen und Ausgaben ohne Erhöhung der Beiträge in Einklang zu bringen, gar zu sehr obgewaltet hat. Man wird die Rentenpraxis der Versicherungsanstalten scharf im Auge behalten müssen.

„Gladbacher Flugfabrik.“

Wer kennt dieses Schlagwort nicht? Wenn irgend einem Genossen etwas ihm unangenehmes unter die Nase gerieben wird, dann schreibt er „Glabbacher Flugfabrik“ oder „Glabbacher Blätter“. Nun müssen aber die sozialpolitischen Blätter des „Volksvereins für das kath. Deutschland“ doch wohl nicht zu ganz oben sein, denn sie erhalten in der sozialpolitischen Wochenschrift: „Die neue Gesellschaft“ (Nr. 9) seitens des früheren Redakteurs der sozialdemokratischen „Abend-Ztg.“, Genossen A. Erdmann, eine unerwartete gute Note. Unverkennbar nämlich insofern, als jetzt die sozialdemokratische Presse ohne Ausnahme unter einer Flut von Verhöhnungen, Verleumdungen und Entstellungen die sozialpolitische Flugblattliteratur des Volksvereins als „Herabzugelassen“ und „Glabbacher Flugfabrik“ nur herabzulassen wollte. Erdmann beschäftigt sich in der oben genannten Schrift mit der Frage, wie in Zukunft der Massen mehr Erkenntnis für die „Segnungen“ der „praktischen Politik“ der Sozialdemokratie beizubringen sein wird, und kommt dabei zu dem Resultat, daß dies Ziel am besten sich erreichen lassen werde durch eine sozialpolitische Flugblattliteratur, ähnlich wie sie der Volksverein für das katholische Deutschland sich für seine Zwecke geschaffen und ausgebaut hat. Von letzterer meint Erdmann:

„Ist abgesehen von jeder, der die Serie der M. Glabbacher Flugblätter kennt, zugegeben, daß

Zwei Bilder.

Von H. H.

Einigen eifrigen Kollegen in dem Städtischen K. war es gelungen, durch eifrige Altruismus in Fremden- und Kollegenreisen, eine Ortsgruppe anderer Verbandes ins Leben zu rufen. Nachdem in durch stille Agitation etwa 30 bis 40 Kollegen gewonnen waren, trat der Verband mit einer gewissen Arbeiterversammlung an die Öffentlichkeit. Diese Versammlung war aberfalsch. Sämtliche Arbeiter der einzigen Spinnerei am Orte waren anwesend und ließen sich in den Verband aufnehmen — mit Ausnahme des Spinnerz H.

„Ihr macht ja doch nichts“, antwortete er den Kollegen, welche ihn zum Eintritt in den Verband zu bewegen suchten. Endlich wurden es die Dörflinger, welche auch sie sitzen den H. kamen, worin er gut genug war. — Das dauerte etwa zwei Jahre. Dann kam ein Wechsel in der Betriebsleitung. — Neue Besen kehren belamäßig hin. Die Belegschaft trat in eine Bewegung ein, welche durch den neuen Direktor eingeleiteten Verhandlungen in der Betriebsleitung. Der Spinner H. sah, seine Stunde gekommen und trat den Verband bei. Auf den Belegschaftsversammlungen war H. einer der lautesten Redner im Streit. Er schimpfte auf die Diktator und — über die Belegschaftspolitik des Verbandes. Weil nämlich plötzlich eine Entlassung im Betriebsgang bei dieser Firma eintretet (es war im vorigen Herbst), so beschloß die Belegschaft mit allen gegen die Stimme des H., die Bewegung bis zum Frühjahr zu verschieben. Das ging dem H. aber gewaltig gegen den Strich. Als der Vertrauensmann am folgenden Sonntag den Verband besuchte, bei ihm abholten wollte, erklärte H. in hohem Tone: „Ich sehe keinen Feind mehr. Ich werde mich bald nicht in den Verband. Jetzt hat es sich klar und deutlich gezeigt, daß der Verband nichts nützt.“

So jetzt ab herange der Spinner H. jede politische und wirtschaftliche Gelegenheit, um auf die Organisation zu klumpen. Vier Wochen lang hatte er schon Beträge begibt, einem nach dem anderen die Handlung war er schon los geworden, ohne daß er was vom Verband gehört hatte.

Unterdesseu nahte der Frühling. Der Betriebsgang hatte sich merklich gehoben. In der nächsten Betriebsversammlung sollten die Forderungen der Arbeiter auf neue formuliert und eingereicht werden.

Die Forderungen für die künftigen Verhandlungen des Arbeitelohnes wurden durch die Vertrauensleute von der Belegschaft eingereicht, um die geforderte Lohnsteigerung geltendmachen begründen zu können. — Spinner H. wurde aufmerksam. Auf die Frage an seinen Vertrauensmann, was denn eigentlich los sei, antwortete ihm dieser geheimnisvoll im Ohr: „Niemand geht es doch an.“ Wenn die Firma kein Entgegenkommen zeigt und der Vertrauensmann den Streik für jetzt eingeschlagen kann, so stehen wir wohl über sechs Wochen bei dem Streik.“ H. versank im Nachdenken, sagte er nicht.

Ja der Spinner H. vom goldenen Kreuz, wo ich H. jeden Abend seinen Witzchen (aber auch mit drei) trank, schimpfte er an diesem Abend nicht auf den Verband. Auch trat er früher als gewöhnlich den Heimweg an.

Am anderen Morgen gab H. seinem Ehegatte Mitteilung, Mitglied des Verbandes zu werden.

Ueber das Gesicht des Vertrauensmannes muß wohl ein wunderbares Schauspiel gespielt sein, als er dem H. sein Buch einreichte und das Eintrittsgeld nicht einem Zurückbehaltung in Empfang nahm, denn vorzüglich lautend fragte dieser: „Was jetzt was kommt, denn wurde ich doch auch mitgerechnet?“ Wenn, antwortete dieser mit der unerschütterlichen Miene, wenn du dann nur lange genug im Verbande bist. Die Kassenzüge bringen bei uns für Straß sechs Monate, für den Betrag der Stammeintragsung von ein Jahr.“

H. — a — a —, das es jetzt ganz entschieden über die Augen des H. Dann hat der Verband doch eigentlich für mich keinen Zweck.“ Das mußte der Vertrauensmann, erwiderte er, während der Vertrauensmann. — „Ich habe den Verband nicht, als der Verband dich.“ Endlich versank der Spinner H. an seine Arbeit, aber bald bekam ich seine Tage merkwürdig mit. Ich hab das Mitglied immer gemerkt, aber er ist immer noch zu einem Vertrauensmann, auf der nächsten Betriebsversammlung werden wir schon den Streik.

Auf der nächsten Mitgliederversammlung lag u. a. auch folgender Antrag des Spinnerz H. vor:

Die Vertrauensleute möge beschließen: dem Kollegen H. in die Nachzahlung der Beiträge vom Datum seines Austritts im Herbst vorigen Jahres gestattet, damit derselbe bei Ausbruch des Streiks die Kassenzeit zurückgelegt hat.“

Es dauerte mehrere Minuten, ehe sich das Ernehmen der Mitglieder über den originellen Antrag einigermassen gelegt hatte. Dann aber sollte die Diskussion ein. Und zwar eine äußerst lebhaft. Es warb man sich ein halbes Dutzend Redner gleichzeitig zum Wort.

„Auf derartige Forderungen sollen wir nicht hereinfallen“, lautete der erste Vortrag, „denn wir sind kein Klub der Arbeiter, sondern ein Verein der Arbeiter.“

„Das wäre mein erstes Bild! Wie gefällt euch das?“ „Scheißt genug“, hörte ich auch wie aus einem Munde antwortete. Mir auch! Ich würde doch lieber auch nicht gezeichnet haben, wenn es sich bei dem Spinner H. um ein seltenes Exemplar einer gewissen Gattung handelte, aber ich befürchte, es gibt auch außerhalb H's noch hin und wieder solche oder ähnliche Arbeiter, die ohne Solidaritätsgefühl, ohne Standeshaftigkeit, nur an ihr eigenes „Ich“ denken, die mit vollem Recht als Schmarotzer zu bezeichnen sind.“

Haben wir in dem Spinner H. einen Arbeiter kennen gelernt, der den Ehrenstitel Gewerkschafter nicht verdient, so soll mein zweites Bild auch einen Kollegen vorführen, der die hohen Ideale der christlichen Gewerkschaft wohl erfasst hatte und für die selben in einer Begeisterung erglöhete. Ich kann seinen Namen wohl auch nennen, ohne seinen Namen zu verletzen zu müssen. Dann habe des vorigen Monats in der Kollege Heinrich Streng in Hilden in eine große Organisationsarbeit, deren Mitglied er sich für die Zeitlang berufen ist. Auch ich folgte dem Streik, aber großen Erfolg erlangte nicht.

Sorge und Habe dem treuen Kollegen an seinem Grabe eine heilige Träne und ein flüchtiges Gebet genidmet.

Seit dem 1. März 1900 gehörte er unserm Verbände an. Er gehörte zu den ersten, welche bei der Gründung der Ortsgruppe derleißen beitraten. Und er ist dem Verbande bis zu seinem leiblichen allzulassen Tode treugeblieben. Zwar war er nicht zu den „Größen“ zu zählen, die durch ihre reißerische Begabung oder schriftstellerischen Leistungen nach außen hin in die Erscheinung traten — sein Tätigkeitsfeld lag fast nicht über die Grenzen des Städtischen hinaus — aber hier wirkte er rafflos und selbstlos als Vorstehender der Ortsgruppe, als Mitglied des konfessionellen Arbeitervereins, im Unterrichtsverein, in Fördervereinigungen, im Konsumverein usw., getreu dem Dichtermort:

„Auch das, so denkt mir, ist Selbstkritik, für die Ent I. sein, für die Zukunft lauten, und unbestimmter um Ehr und Ruhm, Selbstlos schaffend in's Weite schauen.“

Seine Verleumdungen und Entstellungen fanden bei der sprichwörtlich gewordenen Gleichgültigkeit der Hildener Arbeiterchaft einen feinsten Boden. Stets konnte Kollege Streng mit einem kleinen hübschen Getreuer um sich herumstellen. Ja, von einigen Jahren ging die Ortsgruppe zeitweilig ganz ein. Aber als alle unter wurden, da blieb er dennoch treu. Ein ganzes Jahr lang gehörte er als Einzelmitglied dem Verbande an. Dann gelang es ihm wieder, einen kleineren Stamm-Kollegen aus seiner Dörflinge zu sammeln.

Wie ist das schöne Wort über seine Lippen gekommen: „Der Verband nützt nichts.“ Jetzt ist er tot. Möge Gott ihm seine Arbeit und Mühe reichlich belohnen. Als ich seiner tief betrübten Gattin das Sterbegeld im Betrage von 60 Mk. auszahlte, da dachte ich bei mir selbst: wenn das der Kollege Streng noch mit erleben könnte, dann würde er den Anorganisierten zugestimmt haben: „Seht ihr's nun, daß der Verband doch nützt!“

Nun, Kollegen und Kolleginnen, berührt euch mein zweites Bild nicht viel sympathischer als mein erstes. Ich hoffe es zuverfänglich. Selbst wenn es auch bei der Betrachtung dieses Bildes etwas nehmung werden sollte wie mir bei der Betrachtung beseligen.

dieselben im allgemeinen sachlich gehalten sind; wir mögen ihren tatsächlichen Inhalt und seine Schlussfolgerungen bekämpfen, sollten uns aber hüten, sie von oben herab abzumähen, dafür steht doch zuviel Arbeit, zuviel Ueberlegung und zuviel Erfolg darin.

Das habe auch „Genosse“ Weber erkannt, als er im Jahre 1903 bei seiner Agitationstour durch Rheinland-Westfalen die M.-Glabbacher Flugblätter näher kennen gelernt habe und dabei gefassten mußte, daß die Flugblätter des Volksvereins mit „raffiniertem Geschick“ abgefaßt seien.

Weiter schreibt dann Erdmann in einer kritischen Gegenüberstellung der Flugblätter des Volksvereins mit denjenigen der Sozialdemokratie:

Es ist nicht zu bestreiten, daß die M.-Glabbacher Flugblätter sehr in die Länge geschriebenen sind, was nicht außer Acht gelassen werden darf, so sorgfältiger vorbereitet und ausgearbeitet sind als die unseren. Was wir an Flugblättern herausgeben, wird immer erst bei bestimmten Umständen angefertigt und pflegt mit den Umständen zu verharren. Die M.-Glabbacher machen das anders. Sie bearbeiten wichtige Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, von denen sie wissen, daß ihre Bedeutung andauert, und daß die betreffenden Flugblätter auf längere Zeit in unveränderter Form verbreitet werden können. Unsere Flugblattliteratur trägt durchweg den Stempel des Flüchtlings, des Ueberzeitigen, des sachlich und stilistisch Unfertigen. Zeitartikelmäßig, Agitatorenweise, Panfarentum — was sich daraus erklärt, daß sie der Wirkung bei besonderen Umständen, meist in erregten Zeiten, dienen sollen. Derartige Flugblätter sind ja nach den Umständen gewiß angebracht, aber etwas anderes ist es doch um die Flugblätter, die die innerwährnabe Belehrung und Auffklärung über die wichtigsten Fragen des politischen Lebens zum Zweck haben.

„Genosse“ Erdmann hat sich immer etwas darauf zu gute getan, als einer der besten Kenner der Sozialpolitik gelten zu wollen. Um so mehr hätte die sozialdemokratische Presse Veranlassung, sich die Note ihres „sachverständigen“ „Genossen“ Erdmann über den wirklichen Inhalt und Wert der Flugblätter des Volksvereins zur Notiz zu nehmen. Sicherlich hat er diesen aber für ihren ständigen Verleumdungsbeitrag gegen die christliche Sozialpolitik und den Volksverein mit seinem Urteil über die sozialpolitischen Flugblätter des letzteren keinen Dienst erwiesen.

Aus dem Elsaß.

Niedriger hängen müssen wir wieder einmal eine verlässige Behauptung des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“. In Nr. 24 faßt derselbe in einem Artikel „Tautchen in der Patzche“ über „vollendeten Streikbruch der christlich-organisierten Textilarbeiter in Rappoldweiler i. E.“ Wir haben bereits hierüber berichtet, jetzt uns aber jetzt veranlaßt, noch einmal hierauf einzugehen.

Es handelt sich um den Streik bei der Firma Hofer. Diese hat zwei Gebäude. In dem einen sind die Arbeiter christlich, in dem andern „frei“ organisiert. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes stellten nun Forderungen. Sie verlangten: 1) Beilegung der halbunwürdigen Ueberzeitarbeit; 2) 5% Lohnerhöhung. Die Forderungen wurden eingeleitet, ohne den Christlichen ein Wort zu sagen. Im Gegenteil, andern Tages streuten die Genossen ohne jede Veranlassung das unwahre Gerücht aus, die letzteren hätten sich in einer Eingabe mit dem bisherigen Zustand zufrieden erklärt. Die Folge war, daß Mitglieder des christlichen Verbandes auf offener Straße injuliert und der Verband selbst in gemeinster Weise verächtelt wurden. Dieses Gebahren trug noch mehr dazu bei, ein gemeinames Vorgehen vollends unmöglich zu machen. Die Ueberzeitarbeit wurde ohne weiteres beibehalten, die Lohnerhöhung aber abgelehnt. Die „Freien“ erklärten, auch nicht weiter hierfür kämpfen zu wollen. Nun wurde zwei „frei“-organisierten Arbeitern gefällig. Die Kundgebung dauert bekanntlich 14 Tage. Statt nun innerhalb dieser Zeit zunächst einmal hierzu Stellung zu nehmen, traten die „Freien“ fort, also unter Kontraktbruch und ohne die Genehmigung hierzu nachgedacht zu haben, in den Streik. Und doch hat der „Textilarbeiter“ kurz zuvor (Nr. 21, Demokratie und Gerechtigkeit) bemerkt, „daß in Zukunft streng darauf geachtet werden müsse, daß ohne Genehmigung des Zentralvorstandes kein Kampf mehr begonnen werde.“ Weiter heißt es dort: „Es dürfte nachgerade Zeit sein, daß der Zentralvorstand die Frage erwägt, ob es denn nicht viel richtiger ist, wenn er von vornherein in solchen Fällen jede Unternehmung, auch jede persönliche, verweigert. Denn wie die Dinge heute liegen, kann auch eine solche persönliche Unternehmung als Anzeichen genommen werden dafür, daß die Organisation hinter diesem Scheinbündel steht; und daß dies nicht dazu beiträgt, das Ansehen der Organisation zu heben, das liegt auf der Hand.“ Bis jetzt kamen für solche persönlichen Unternehmungen in der Regel mehr agitatorische Gründe in Betracht. Es ist wohl aber sehr zweifelhaft, ob damit der Organisation noch gebietet wird. Würde man solchen kontradiktorischen Seitensträngen keine Konzeption mehr machen, dann würde man sich auch bald mehr an die Statuten halten.

Nach diesen vom „Textilarbeiter“ als richtig anerkannten Grundlag haben die christlich organisierten Arbeiter gehandelt. Sie lehnien es ab, einen derart unruhigen, statuten- und diszipliniertem Streik mitzumachen. Dafür werden sie heute von demselben „Textilarbeiter“ als Streikbrecher beschimpft. Letzterer wußt somit all das wieder über den Haufen, was er in seiner Artikelserie, „Demokratie und Gerechtigkeit“, als richtig anerkannt hat. Bei einer derartigen Konfusion braucht man sich nicht zu wundern, wenn die „frei“-organisierten Arbeiter auch in Zukunft noch lustig draußlosstreifen, ohne sich um Statut und Zentralvorstand zu kümmern. Und so was nennt sich gewerkschaftliche Erziehung! Die Folgen dieser Erziehung haben nun auch eine Anzahl Arbeiter in Rappoldweiler zu fragen. Statt deren zwei ließen es auf dem Platz. Die Führer der „Freien“ aber tragen ein gut Teil Verantwortung für das Scheitern der letzteren mit.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreiheiten.

M.-Glabbach.

Wie aus der Nr. 23 des „Textilarbeiter“ ersichtlich, scheint es die „Freien“ sehr frap্পiert zu haben, daß ihre Prophezeiungen nach der Bewegung bei der Firma Glabbacher Wollindustrie vorm. L. Jolien nicht in Erfüllung gegangen sind. Ganz besonders scheinen sie den Bericht in Nr. 19 unseres Organs als nicht vorteilhaft für sich anzusehen, denn, um die Bewegung für sich in einem günstigen Lichte erscheinen zu lassen, werden die Tatsachen einfach auf den Kopf gestellt. Es ist nach Meinung der „Genossen“ nur das Verdienst der „Freien“, daß für die Arbeiter etwas erreicht wurde. Der „Textilarbeiter“ schreibt: „Was nun den größten Teil der genannten Betriebe angeht, wo nennenswerte Lohnbewegungen durchgeführt wurden, so sind diese nicht auf das Konto der „Christlichen“ zurückzuführen. Die Belegschaften haben es zum größten Teil der energiegelichen Vertretung durch die Ausschußmitglieder zu verdanken, und diese sind meistens Mitglieder des deutschen Textilarbeiterverbandes.“

Wir erlauben uns nun die Frage, wo die meisten Ausschußmitglieder der „Deutschen“ zu finden sind? Es sind von uns 14 Firmen angeführt worden. Nach angestellten Informationen kommen aber nur in drei Firmen Mitglieder vom „Deutschen“ in Frage, und zwar in jedem Falle je einer. Dies konnte dem Berichterstatter des „Textilarbeiter“ nicht unbekannt ein, es mußte aber gesunfert werden, um den „deutschen“ Textilarbeiterverband als den allein segensreichen hinzustellen. Auf eine Unwahrscheinlichkeit es dabei nicht an. Weiter wird angeführt, „die Arbeiter einer Anzahl genannter Betriebe, von denen man berichtet, sind sehr unzufrieden.“ Wer hier unzufrieden ist, ist uns leider nicht möglich gewesen festzustellen, es müßten denn die Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes gewesen sein, die wahrscheinlich, wie ihre Führer, bei den Bewegungen nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Ebenso wissen wir nichts von der „Stellungnahme zu dem Bericht“, die dabei herauskommen“. Dies scheint ebenfalls nur ein Geheimnis des Berichterstatters zu sein. Um nun die bösen Christlichen als recht gefährlich erscheinen zu lassen und gegen dieselben grübeln zu machen, werden sie dem hingestellt, als wenn sie mit den Unternehmern unter einer Decke liegen. So wird angedeutet, als wenn von christlicher Seite die Unternehmern in ihren Ausprägungsbestrebungen unterstützt worden seien.

Weiß der Berichterstatter nicht aus früheren Vorgängen, wie selbst der „gewaltige deutsche Textilarbeiterverband“ gegen solches Vorgehen ohnmächtig war. Sind nach der Grimmitzhauser Ausprägung nicht eine große Anzahl „Genossen“ nach Glabbach gekommen, weil für diese die Ausprägung trotz der Einigung noch fortbestand? Lag hier eine Unterstützung der Unternehmer seitens des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes vor? Wolte man mit gleichem Maße messen, so müßte man dies annehmen. Ferner ärgert sich der Berichterstatter darüber, daß in einem Betriebe keine „Freien“ eingestellt wurden. Daran ist der christliche Verband als solcher ganz unschuldig, denn derselbe hat niemals an die Unternehmer das Klagen gestellt, nur seine Mitglieder zu beschäftigen. Dieses Verbrechen findet man nur bei den „Freien“, welche, wenn sie können, jeden Arbeitergegnen von der Arbeit ausschließen, wie es Larch Tatsachen schon oft genug bewiesen ist.

Wenn es nun zum Schluß heißt: „Die Arbeiter-schaft erzieht auch hieraus wieder, mit welchen unehrlichen Motiven man haufenen geht“, so ist aus dem ganzen Bericht ersichtlich, daß nicht von christlicher, sondern von „deutscher“ Seite mit unehrlichen Motiven haufenen gegangen wird. Dies kann auch gar nicht wundern, sagte doch vor kurzer Zeit in einer Versammlung der Geschäftsführer der „Deutschen“, Panhüts, „daß man in der Bewegung vor einer Lüge nicht zurückreden dürfe. Sollte dieser der Berichterstatter sein, so hat er hier bewiesen, dies auch in die Tat umsetzen zu können.

Zum Schluß seien unsere Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß man aus dem ganzen Erfahren kann, wie gerade von dieser Seite mit unwahren Mitteln gearbeitet wird, um die „bösen Christlichen“ zu verleumden. Die Arbeiter mögen hieraus ihre Konsequenzen ziehen und, wenn erforderlich, den „Genossen“ dieses vorhalten. Andererseits aber auch in der Agitation mutig für die Ausbreitung des Verbandes eintreten.

Rheydt.

Von der Firma Sieper u. Neuwisen in Rheydt erhielt die Redaktion unserer „Textilarbeiterzeitung“ folgende Zuschrift:

„An die Redaktion der Textilarbeiter-Zeitung Herrn Wilhelm Köhling Düsseldorf.“

In Nr. 23 Ihrer Zeitung ist unter „Rheydt“ auch unsere Firma aufgeführt und enthält der Artikel Unrichtigkeiten, um deren Richtigstellung wir Sie höfl. ersuchen müssen.

Bei dem 1/2 Stühlsystem für 75“ Einschuhstühle (Leuz) handelte es sich um feinsäbige Waren, die ausschließlich mit 22000 bis 30000 Meter feinen Zwirngarnen für den Export gearbeitet worden und haben einige Weber dieses System ausdrücklich verlangt und auf deren Beibehaltung bestanden.

Die Behauptung, daß die Forderung auf Einführung des Einschuhstuhls und einer 25% Lohnerhöhung als „unverhämmt“ vom Schreiber dieses, Sieper, dem Inhaber unserer Firma, bezeichnet wurde, beruht auf Unwahrscheinlichkeit.

Der angeführte Durchschnittslohn von Mk. 2.70 der eine Subst. bedienenden Weber ruht nicht von einem Einschuhstuhl, sondern von einem gewöhnlichen Stuhl her; diese vier gewöhnlichen Stühle werden nur von älteren Leuten bedient, wovon 3 ca. 60 Jahre alt sind. Der Durchschnittslohn der von einem Weber bedienten Einschuhstühlen betrug in den letztwöchentlichen Lohnperioden Mk. 3.30. Der Durchschnittslohn der letzten Lohnperioden aller in Frage kommenden Weber betrug Mk. 3.80. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Hochachtungsvoll! Sieper u. Neuwisen.

Dazu bemerkt unser Rheydter Genährsmann: Die Art Artikel, die auf den Einschuhstühlen (Leuz) bei unserer Firma verarbeitet werden, dort wo das infirmierte 1/2 Stühlsystem in Frage kommt. Und allerdings verhältnismäßig feinerer Art. Dieser Umstand war es doch gerade, der die Beibehaltung von 1/2 Stühlen überhaupt in den Bereich

der Möglichkeit kommen ließ. Auch trifft zu, daß einzelne Arbeiter dieses System verlangten, aber hier verschweigt die Richtigstellung den Grund. Nach der Erklärung der Arbeiter in der Belegschaftsversammlung, sowie in den Kommissionssitzungen waren sie dazu gezwungen, weil die Bedienung eines Stuhles ihnen nicht den nötigen Lebensunterhalt gewährte.

Bei der Ausführung des obigen Lohnsatzes von 2.70 Mk. scheint der Firma eine gewaltige Verwechslung unterlaufen zu sein. Nach ihrer eigenen Zusammenstellung, die mit ihrer Namensunterchrift versehen, betrug der Lohn für die oben angeführten alten Leute Mk. 2.80, 2.60, 2.75, 2.86. Dagegen für vier Weber auf einem Einschuhstuhl Durchschnitt (hier sind die einzelnen nicht angeführt) Mk. 2.70. Nach unserem eigenen Lohnauszuge betrug der Durchschnitt für sieben Einschuhweber auf einem Stuhle Mk. 2.91, bei der Bedienung von 1/2 Einschuhstuhl erhöhte sich der Satz auf Mk. 3.33.

Der Bericht, dieses System abzuschaffen zu beantragen, wurde in der Versammlung bei völlig freier Entscheidung unter geheimer Abstimmung einstimmig gefaßt. Damit fällt die obige Behauptung, daß einzelne Arbeiter auf der Beibehaltung bestanden hätten, von selbst zusammen.

Dasselbe trifft auf die Bestreitung des Wortes „unverhämmt“ zu. Dies muß ich voll ausdrücklich. Gleich nach der ersten Verhandlung ist mir daselbst mitgeteilt worden und zwar in folgendem Zusammenhang:

„Es ist mir einfach unverständlich, wie eine solche Forderung von vernünftigen Leuten aufgestellt worden ist, die ist einfach unverhämmt.“ Also bitte mal gut nachdenken, eventl. kann man sich beim Ausschuh befragen.

Ist die Firma aber der Ansicht, daß die Forderung nicht als unverhämmt zu bezeichnen ist, dann mag sie dieselbe bewilligen, nach den wirklichen heutigen Endverdiensten würden dann die Einschuhweber etwa Mk. 3.70 pro Tag verdienen, jedenfalls für unsere teure Zeit nicht zuviel.

Aus dem Verbandsgebiete.

Bamberg. Unsere Ortsgruppe hielt am 6. Juni eine besonders von Frauen gut besuchte Versammlung ab. Hatten wir doch eine Referentin gewonnen, welche über „das weibliche Geschlecht als Fabrikarbeiterin, Gattin und Mutter“ referierte. Früher zu der mit Recht gerühmten guten alten Zeit, als das Handwerk noch blühte, bestanden keine so erbärmlichen Verhältnisse wie heutzutage. Da gab es keine Arbeiterinnenfrage. Erst die Keuzzeit hat die Maschinen gebracht und die Gattin und Mutter der Familie entrisen und entzündet. Daß die Verhältnisse schlecht geworden, das liegt nicht an dem einzelnen Arbeiter. Es ist traurig, daß die wirtschaftliche Not die Frau zwingt, an der Seite des Mannes in der Fabrik zu schaffen, der Mann verdient nicht so viel, um eine Familie zu ernähren, und darum muß die Frau gehen. Und wer muß die Folgen tragen? Die arme Frau und die Kinder. Es muß mit allen Mitteln danach gestrebt werden, daß der Mann ein gutes Auskommen hat und seine Familie ernähren kann. Aber zu gleicher Zeit — und das ist eigentlich der nachliegende Punkt — müssen sich die Arbeiterinnen organisieren, um bessere Löhnerhältnisse zu erhalten. Eine Person allein vermag nichts, aber Hunderte, Tausende sind dem Arbeitgeber gegenüber eine Macht. Und eine gut organisierte pflichtgetreue, leistungsfähige Arbeiter-schaft heißt doch jedem Arbeitgeber willkommen sein. In der Diskussion wurden Klagen vorgebracht und Mißstände in einer Spitzerei erörtert. Die Referentin machte in ihrem Schlußworte zur treuen Pflichterfüllung, aber auch das Selbstbewußtsein sei für den Arbeiter und die Arbeiterin notwendig. Sie müßten ihrem Stande Ansehen verschaffen. Kollege Buchfelder, der die Versammlung eröffnet hatte, schloß sie mit Dankesworten an die Referentin. Eine größere Anzahl von Arbeiterinnen ließ sich in den Verband aufnehmen.

Bogsl. Heber die Notwendigkeit der Arbeiter-ausschüsse referierte Kollege Schmitz auf der letzten Mitgliederversammlung, die am 11. Juni in der „Rottenburg“ stattfand. In die Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Debatte, in der besonders betont wurde, daß die Kollegen in den einzelnen Betrieben durch Ausbreitung der Organisation dem Arbeitgeber den Rücken stärken müssen, wenn derselbe mehr Unerwartung bei den Arbeitgebern finden solle. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen wurde die Versammlung vom Kollegen Hüls geschlossen.

Kollegen! Wir erwarten von euch, daß ihr in Zukunft die Versammlungen besser besuchen werdet. Auf dieselben wollen wir gegenseitig unsere Meinung austauschen, wir wollen uns belehren, damit wir um so besser für unsere christlichen Gewerkschaften eintreten können. Wie oft hört man euch klagen über schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf den Versammlungen ist der Weg, sich anzusprechen über die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben. Tue deshalb jeder seine Pflicht und erscheine in der Versammlung.

Vielefeld. Am 11. Juni fand bei Debur eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, in welcher der Bezirksvorsitzende Camps aus Münster referierte. Das Thema lautete: „Die Berechtigung der christlichen Organisation für die Textilarbeiter.“ Nachdem zunächst die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses klargestellt wurde, wurde im zweiten Teile der Rede nachgewiesen, daß ein christlicher Arbeiter nicht Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft sein könne. Die Diskussion wurde von einem anwesenden „Genossen“ auf das Verhalten der Organisationen bei Lohnbewegungen überleitet. Von verschiedenen Diskussionsrednern wurde nun aber auch das schädliche Treiben des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes“ in Vielefeld und Umgegend beleuchtet. Der „Genosse“ gab dann auch keine Antwort mehr. Es wurde beschlossen, demnächst in eine intensive Hausagitation für die christlichen Organisationen einzutreten. Mügen aber auch unsere bisherigen Mitglieder mehr in der Agitation tätig sein.

Essel. Uns mit neuem Mut und mit heller Begeisterung für unsere gute Sache zu erfüllen, dazu hat ganz entschieden die am 4. Juni gut vorbereitete und darum auch zahlreich besuchte Versammlung in der Schöpfungshalle beigetragen. Unserer Einladung zur Versammlung waren fast alle christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der hier vertretenen Branchen gefolgt. Auch eine Anzahl Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, mit ihrem Sekretär an der Spitze, hatten sich eingefun-

den. Als Redner hatten wir unsern Bezirksvorsitzenden, Kollegen Gerh. Müller-Kaiserlautern gewonnen. Dieser begrüßte es zunächst mit Freude, daß eine Anzahl Kolleginnen der Einladung zur Versammlung gefolgt seien. In unserer Zeit müßten die Arbeiterinnen, gerade wie die Männer, sich in der Gewerkschaft organisieren, denn die Arbeiterinnen wären ja auch gewerkschaftlich tätig und somit genau denselben Gefahren ausgesetzt, als wie die Männer. Er erwartete von den erschienenen Kolleginnen, daß sie in ihren Kreisen für unsere gemeinsame gute Sache Propaganda machen würden. In nahezu einstündiger Rede schilderte dann der Redner in recht markanten Strichen die traurige Lage der Lohnarbeiter, wobei er auf die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie ganz besonders Rücksicht nahm. Abhilfe könne hier nur durch die soziale Gesetzgebung und durch gewerkschaftliche Selbsthilfe geschaffen werden. Die sich an diesem Vortrage anschließende Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, war sehr lehrreich. Ein Kollege ergänzte noch recht wirkungsvoll die Ausführungen des Referenten. Von den erschienenen Gegnern wurde keine Diskussion beliebt, woraus wir schließen, daß auch sie mit den gemachten Ausführungen einverstanden waren. Im Schlußwort wies dann Kollege Müller noch darauf hin, wieviel hier und in der Umgegend von unserer Seite noch gearbeitet werden müsse. Da müsse jeder seine Perion in den Dienst der Sache stellen. Nach einem Dankesworte des Vorsitzenden schloß dieser die Versammlung mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften.

N.D. Den Mitgliedern hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß sich unser Versammlungsortal in der Schöpfungshalle, Marktstraße, befindet.

Dahlhausen a. d. Wupper. Unsere Ortsgruppe hielt am 9. Juni ihre monatliche Versammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Rutenbeck, dieselbe eröffnet hatte, fand die Revision der Mitgliedsbücher statt. Nachdem dies erledigt, erhielt der als Gast anwesende Gewerkschaftsreferent Panmacher aus Barmen das Wort zu einem Vortrag über das Verbandsstatut. In seinem Vortrage verband der Referent, die Bestimmungen des Statuts den Mitgliedern klar und deutlich vorzutragen. Den unpolitischen und interkonfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaften sehr betonend, stellte er diesem den parteipolitischen Charakter der „freien“ Gewerkschaften gegenüber. Nicht allein sympathisiertere letztere mit der „Sozialdemokratie“, sondern sie hätten sich ihr mit Haut und Haaren verschrieben. Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß unsere Ortsgruppe 60 Mitglieder zähle. Allen Kollegen rufen wir zu: „Seid wachsam und treu!“ Wachsam dem Feinde gegenüber, von welcher Seite er auch kommen mag! Treu dem Verbands, auch in Sturm-beugezeit!

Dingelstädt (Eichsel). Einen recht erfreulichen Erfolg hat unsere noch junge Ortsgruppe durch die am 2. Juni in Gehmsdorf abgehaltene öffentliche Versammlung wiederum zu verzeichnen. Haben sich doch bei dieser Gelegenheit 71 Kollegen und Kolleginnen unsern Reihen angeschlossen. Und täglich erfolgen durch die Aufführung und das Werben der überzeugten Mitglieder noch Neuanmeldungen. Bei der Ankunft der beiden auswärtigen Referenten, des Kollegen Karl Müller-Wülfshausen und unseres Bezirksvorsitzenden, Kollegen Gerh. Müller-Kaiserlautern war der geräumige Saal schon bis auf den letzten Platz besetzt. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache des Vorsitzenden der Ortsgruppe, Kollegen Buchardt ergriff unser Bezirksvorsitzender das Wort. Er führte, dem Sinne nach, ungefähr aus: Der zahlreiche Besuch der Versammlung zeuge davon, daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen im Eichselde immermehr Verständnis und Interesse den Bestrebungen der organisierten Arbeiter-schaft entgegenbrachten. Ganz besonders hätten aber die zahlreich erschienenen Kolleginnen selbst bewiesen, daß sich heutzutage unser Leben nicht mehr zwischen den vier Wänden unseres Hauses, sondern fast ebenso sehr draußen in der Öffentlichkeit abspiele. Die gewerkschaftliche Organisation wäre in der heutigen Zeit ganz besonders notwendig für die Arbeiterinnen, denn heute müßte auch die Arbeiterin „hin- und hin“ zwischen den beiden Seiten des Lebens auszuhalten. Aus den nun folgenden Ausführungen des Redners ging die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses für alle Arbeiter und Arbeiterinnen klar hervor. Noch betonte Redner, daß neben den Gewerkschaften die konfessionellen Arbeitervereine ganz gut bestehen könnten, ja es wäre sogar dringend zu wünschen, daß alle Arbeiter sich auch einem konfessionellen Arbeiterverein anschließen. Aber niemals könnten konfessionelle Arbeitervereine, wie die kath. Fachabteilungen z. B., die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter-schaft so entchieden wahrnehmen, wie dies die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften könnten. Er wies dieses an den Erfolgen, welche die christlichen Gewerkschaften schon allwärts errungen haben, überzeugend nach. Zum Schluß forderte der Referent alle Anwesenden auf, ihrer Pflicht als Mensch, als Arbeiter und nicht zuletzt als Christ dadurch nachzukommen, daß sie sich innerhalb der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nach besten Kräften betätigten. Den Ausführungen folgten langanhaltender Beifall.

Nunmehr verbreitete sich der Vorsitzende der Hofställe Wülfshausen i. Th., Kollege Karl Müller, über die Anforderungen und Bedürfnisse, die das Leben an eine Arbeiterfamilie in der heutigen Zeit stellt. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung an alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Kollege Schollmayer vom christlichen Bauhandwerkerverband ging mit der Liebesmehere, die hier noch in sehr vielen Betrieben an der Tagesordnung sei, scharf ins Gericht. Diese Unsitte abzuschaffen, sei nur möglich durch Anschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen an die Organisation.

Im Schlußwort forderte der Referent alle Kollegen und Kolleginnen auf, nunmehr der Organisation auch die Treue zu bewahren. Die Mißstände, die in den Betrieben schon jahrelang bestanden und die sich nur durch eingeleitete Maßnahmen hätten, daß bisheran die Arbeiter völlig machtlos gewesen, könnten nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Nur allmählich, nur Schritt für Schritt könne unsere Lage aufgebeßert werden. Und selbst wenn wir durch die Organisation keine Vorteile erzielen, seien wir es schon unseren Nachkommen schuldig, beizugehen für diese vorzutreten. Der Vorsitzende, Kollege Buchardt, dankte noch allen Erschienenen und schloß dann die imposante Versammlung.

Die Mitglieder werden hiermit auf die nachfolgenden Versammlungen besonders aufmerksam gemacht und ersucht, zu diesen Versammlungen und nach Fernstehende mitzubringen:

Sonntag, 23. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr Versammlung in Helmstedt, Wirtschaft Krüppeldorf. Samstag, 29. Juni, abends 8 Uhr Versammlung in Dingelstedt, im König von Preußen.

Wägen. Hätte in unserer Monatsversammlung am 2. Juni auf der Tagesordnung „Freibier“ gehalten, dann wären die Kollegen wie beschriebene Schwärme herangebraut gekommen. (Au, au! Die Redaktion.) Da dieses aber nicht der Fall war, so mußte die Versammlung mit ganz 22 Mann stattfinden. Geleitet wurde dieselbe vom Kassierer Kolbe. Beschlossen wurde auf Antrag des Kollegen Kemm, von jetzt ab jebestmal in der Versammlung die Namen der Ausgetretenen vorzulesen, damit man weiß, wie man sich zu verhalten hat. In seinem Kartellbericht, den Kollege Weverinik erstattete, wies derselbe darauf hin, daß am 23. Juni das diesjährige Gewerkschaftsfest stattfinden. Er ersuchte die Kollegen um zahlreichste Beteiligung an demselben. Unter Punkt Verschiedenes wurde das schloße Treiben eines früheren Verbands- und Vorstandsmitgliedes auf's schärfste getadelt. Nachdem noch beschloffen wurde, in nächster Zeit mehrere Fortbildungsveranstaltungen abzugeben, wurde die Versammlung geschlossen.

Eupen. Am 11. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, zu welcher unser Bezirksvorsitzender Sittenich erschienen war. Der zweite Vorsitzende, Kollege Bartholemy, eröffnete die Versammlung, begrüßte den Bezirksvorsitzenden und die Anwesenden und behauerte den Schwachen Besuch. Kollege Sittenich sprach eingangs über die Pflichten und Aufgaben der Beamten, hob die Tätigkeit des Kollegen Weber gehührend hervor und sprach die Hoffnung aus, daß Kollege Bartholemy in seine Fußstapfen treten und zum Wohle der Ortsgruppe arbeiten möge. Dann erstattete er einen ausführlichen Situationsbericht über die Vorgänge der letzten Jahre im hiesigen Bezirk. Redner wies nach, wie die Arbeitgeber es verstanden hätten, sich Kraft zu organisieren, wie die Arbeiter daraus lernen müßten, daß es für uns eine unabdingbare Notwendigkeit sei, sich der Gewerkschaft anzuschließen, um unsere Lage zu heben. Zum Schluß empfahl er den Mitgliedern dringend, durch eifriges Studium sich Wissen anzueignen, denn Wissen sei Macht. Zum Punkt Wahl eines ersten Vorsitzenden, wurde Kollege Bartholemy nahezu einstimmig gewählt, sowie einstimmig als Delegierter zum Kartell. Nachdem noch über einige Fragen Antwort und Aufklärung gegeben wurde, wurde die anregende Versammlung geschlossen. Bei der neuen Konstituierung des Vorstandes wurde Kollege Mittels als zweiter Vorsitzender, Kollege Zimmermann als erster und Kollege Emwig als zweiter Schriftführer gewählt.

Grenen. Unsere, am 6. Juni abgehaltene öffentliche Versammlung erfreute sich eines guten Besuches, auch die Arbeiterinnen waren in stattlicher Anzahl vertreten. Seitens der hohen Geistlichkeit war Herr Kaplan Dr. Hölzer unserer Einladung gefolgt. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden begrüßt hatte, erteilte er der Referentin, Frau Köhling-Düfelde, das Wort zu dem Thema: „Die Arbeiterin im Gewerbe“. Circa 43 Prozent aller in der Textilindustrie beschäftigten Personen seien Arbeiterinnen. Da sei es nun notwendig, wenn die Lage des Arbeiterstandes gebessert werden solle, daß auch die Arbeiterinnen fest und treu mit den Männern zusammen hängen auf wirtschaftlichem Gebiete. Schuler an Schuler müßten auch die Arbeiterinnen mit ihren männlichen Kollegen kämpfen, um etwaige Mängel, besonders auch in fittlicher Beziehung, beseitigen zu helfen. Einstimmiger Beifall wurde der Referentin zuteil. Als zweiter Redner sprach dann Kollege Köhling über die augenblickliche sozialpolitische Lage. Redner besprach eingehend die Forderungen, welche wir auf sozialpolitischem Gebiete haben. Auch diesem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil.

Zu der nun stattfindenden Diskussion meldete sich der „Genosse“ Steinbrink-Elberfeld zum Wort. Durch Versammlungsbeschluß wurde die Redezeit auf eine Viertelstunde für die Diskussionsredner festgesetzt. Einleitend bemerkte Genosse Steinbrink, daß Frau Köhling ein sehr schönes Referat gehalten habe, aber von dem Kollegen Köhling hätte er einen ganz anderen Vortrag erwartet. Statt nun auf das Referat des Kollegen Köhling einzugehen, lang derselbe ein Loblied auf die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, erklärte uns, was für weitgehende Ansprüche dieselbe eingebracht habe, und verflümperte so seine Redezeit. Dem Kollegen Köhling war es ein leichtes, die gemachten Ausführungen richtig zu stellen. Da sich aber nun Genosse Steinbrink noch einmal zum Worte gemeldet hatte, und der Kollege Köhling ebenso wie Genosse Steinbrink einige Minuten länger sprach, verlangte Genosse Steinbrink, daß die Versammlung darüber entscheiden solle, ob ihm nochmals das Wort erteilt werden solle. Der Vorsitzende willfahrte diesem Wunsch, und die Versammlung entschied mit allen gegen 4 oder 5 Stimmen der anwesenden Herren, daß sie nicht gewillt sei, sozialdemokratische Agitationsredner weiter anzuhören. Darüber ganz erschöpft, machte Steinbrink seiner Erregung Luft durch ständige Zwischenrufe und erging sich sogar in persönlichen Beleidigungen gegen den Referenten. Kollege Köhling fügte den Genossen hinzu ab. Trotzdem letzterer verschämte male angeordnet wurde, ruhig zu sein, war ihm dieses nicht möglich. Als der Kollege Köhling noch vom Klassenkampf der „Freien“ sprach, da hatte die Erregung des „Genossen“ seinen Höhepunkt erreicht, und er rief: „Die freien Gewerkschaften stehen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes!“ Der Vorsitzende dachte dem Referenten, wobei die Mitglieder auf, ließ nämlich die Versammlungen zu beenden, bei die Herren, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Organisation zu unterstützen und sich mit einem begeisterten Engagement hoch auf das weitere Vornehen, Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften die Versammlung. Eine politische Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen ließen sich in diesen Verband anschließen.

Föbenbüren. Unsere Versammlung am 9. Juni war schon sehr besetzt. Etwa 200 bis 300 Kollegen und Kolleginnen ihre Angehörigen waren zu sehen, allen herzlichsten Willkommen, nur der Gewerkschaftsversammlung fern zu bleiben. Da ein größerer Beitrag nicht vorgelesen wurde, gleich mit einer lebhaften Diskussion begannen, besonders wurden die ausgegebenen Lohnsätze erörtert und den Mitgliedern dringend empfohlen, dieselben wahrheits-

getreu auszufüllen, da dieselben, wie die Erfahrung lehrt, bei Lohnbewegungen wichtige Dienste leisten. Große Freude bereite uns die Nachricht, daß der Zentralvorsitzende Schiffer uns am 7. Juli besuchen werde. Nachdem noch besonders betont wurde, für diese Versammlung zu agitieren, schloß der Vorsitzende die anregende Verlaufende Versammlung.

Krefeld. Die Welfina Wm. Schroeder u. Co. hier selbst hat für ihre Lager-Gehäusen eine Hausordnung erlassen, welche wohl nicht den allgemeinen Beifall der Beteiligten finden wird. Einige Bestimmungen seien hier zu aller Zug und Lehr mitgeteilt, damit event. anderwärts bei Abfassung ähnlicher Arbeitsordnungen die beteiligten Kolleginnen sich mehr ihrer Selbstständigkeit erinnern und nicht alle Rechte des „freien“ Arbeitsvertrages einfach preisgeben. Also: Die gewöhnliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Weiter heißt es: „Donnerstags oder Freitag abends werden sämtliche Geschäftsräume nach Geschäfts-schluß gründlich gereinigt. . . . Einmal im Jahre erfolgt eine General-Reinigung nach der Bilanz-Aufnahme abends nach Schluß der Bureauarbeiten durch sämtliche Mädchen. Nun, das klingt noch, aber nun kommt das Beste: „Leberstunden und Pußhöfne werden unter keiner Bedingung gezahlt; dagegen erhalten die Mädchen nach ihren „Dienstjahren“ (sic!) jährlich eine Prämie und zwar während der ersten 3 Jahre 10 Mk., bis 6 Jahre 15 Mk., von da ab 20 Mk.“ (Warum „Prämien“ statt Lohn!?) Weiter: „Die gegenseitige Kündigung tritt beiderseitig für alle Mädchen sechs Wochen. Geldstrafen von 25 Pfg. bis 1 Mk. werden festgesetzt für: 1. Verspätetes Erscheinen zur Arbeit, 2. Ausbleiben ohne Erlaubnis usw. Das Gehalt wird monatlich gezahlt und kann auf Wunsch in wöchentlichen Raten ausbezahlt werden.“ Und zum Schluß: „Für den Fall der sofortigen Entlassung eines Mädchens steht demselben Abrechnung erst am nächsten Sonntag zu.“ Wir enthalten uns eines weiteren Kommentars, bemerken aber, daß das eine „Hausordnung“ ist, wie sie nicht sein soll.

Mühlhausen i. Th. Das hiesige christliche Gewerkschaftskartell hatte auf den 2. Juni eine große Gewerkschaftsversammlung einberufen. Dieselbe war in ansehnlicher Zahl am Orte noch jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung gut besucht. Auch einige „Freiorganisierte“ hatten uns mit ihrem Besuche „beehrt“. In seiner Eröffnungssprache führte Kollege Karl Müller, Vorsitzender der Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes hier selbst, aus, daß die christlichen Gewerkschaften hier am Orte nimmer, trotz der großen Ansehung und steten Bekämpfung seitens der „freien“ Gewerkschaften, schon drei Jahre beständen. In diesen drei Jahren hätten die christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterschaft hier selbst schon recht erfreuliche Erfolge errungen. Nach diesen einleitenden Worten sprach der Bezirksleiter des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollege Gerh. Müller-Kaiserslautern, über das angehängte Thema: „Die Lage der Lohnarbeiter, speziell der Textilarbeiter und Arbeiterinnen, und wie kann die Lage dieser Arbeiter geistig und wirtschaftlich gehoben werden.“ Redner verbreitete sich zunächst über die Geschichte der Arbeiterbewegung und schilderte die Zustände des Handwerks zur Zeit der Rünste. Nach dieser Einleitung kam er auf die gegenwärtigen Verhältnisse der Lohnarbeiter zu sprechen, wobei er seine Behauptungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ein erdrückendes Beweismaterial recht wirksam unterstützte. Die Lage der Arbeiter könne nur dann besser werden, wenn eine starke Organisation geschaffen werde, die Tarifverträge erwirken müsse. Der Schluß der mit Beifall aufgenommenen Rede bildete ein fruchtbarer Appell an alle christlich denkenden Arbeiter, sich dadurch als Christen praktisch zu betätigen, daß sie unverdrossen mitarbeiteten an der weiteren Ausbreitung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, an der sich ganz besonders die anwesenden Gegner beteiligten, fand die Versammlung ihren Abschluß.

NB. Unsere Versammlungen finden am ersten Samstag eines jeden Monats im „Gronbrüngen“, Gurterstraße 15, statt. Nächste Versammlung am Samstag, den 6. Juli.

Ochtrup. Es hat Mühe gekostet, hier die Kollegen für die Gewerkschaft zu gewinnen. Doch scheint sich der Mann allmählich zu lösen und an dessen Stelle eine klare Erkenntnis und freie Entscheidung zu treten. Wenigstens läßt unsere erste öffentliche Versammlung, die am 2. Juni im großen Saale des Kaufmännischen Arbeitervereins stattfand, diese Hoffnung zu. Arbeiter und sonstige Bürger waren in so großer Anzahl erschienen, wie wir es nicht erwartet hätten. Kollege Heimann-Gronau sprach über die Notwendigkeit und Berechtigung der christlichen Gewerkschaften. Kollege Leuning-Vochholt behandelte die Aufgaben unserer Organisation und die Mittel zur Durchführung derselben. Beiden Vorträgen folgte lebhafter Beifall. Eine Anzahl Arbeiter ließen sich sogar als Mitglieder unseres Verbandes einschreiben. Denjenigen Kollegen aus Ochtrup, die schon längere Zeit unserem Verbande als Einzelmitglieder angehören, für ihre unermüdete Arbeit, die so manches Hindernis zu überwinden, so manchen Vorwurf zu durchdringen und so manche Enttäuschung erleben mußten, gebührt beiderseitiger Dank. Sie haben mit der ersten Versammlung die Frucht ihrer Tätigkeit reifen lassen. Jetzt mit erneuter Kraft unserm Ziele entgegenzueilen. Unser das Recht, unser den Sieg!

Stadthagen. Nach einer den hiesigen Arbeitern begünstigenden Gewerkschaftsversammlung am 2. Juni legte unsere letzte Arbeiterversammlung vom 2. Juni zugunsten ab. Zahlreich hatten sich die Kolleginnen eingeschrieben. Kollege Heimann-Gronau sprach über die Notwendigkeit der Gewerkschaft für die Arbeiterinnen. Bezirksleiter Leuning referierte über die Mitarbeit der Arbeiterinnen an Gewerkschaftsleben. Eine stattliche Anzahl Beiträge waren der Eröffnung der Versammlung.

Sterres. Die am 9. Juni tagende Generalversammlung unserer gesamten Ortsgruppe wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Der Vierteljahrshesultat des Kollegen Köhling wurde mit Interesse entgegengekommen. Da Redner erklärte, Blicher und Köhling in besserer Lage. Hiermit wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Es wurden dann auch Delegierte zum hiesigen Gewerkschaftskartell gewählt. Nach drei Tagen die jeweilige Beitragszahlung auf 40 Pfg. Nach einer eingehenden Begründung und Darlegung der vielen Vorteile einer höheren Beitragshöhe wurde den Kollegen Köhling einhellig

über diesen Punkt eine äußerst lebhaft Diskussion. Es wurde teils für, teils wider die Erhöhung der Beiträge verhandelt. Nachdem die Diskussion erschöpft war, legte Kollege Köhling nochmals die Vorteile der höheren Beitragsklasse dar, gleichzeitig auf den Ernst der Zeit hinzuweisen. Bei der Abstimmung ergab sich bis auf drei Stimmen die Einstimmigkeit der Generalversammlung in bezug auf Einführung der freiwilligen 40 Pfg.-Beitragsklasse. Kollege Köhling wurde ersucht, diesbezüglich eine Eingabe an den Zentralvorstand zu machen. Der unter Punkt vier besprochene allgemeine Ausflug wurde von der Versammlung mit Freuden begrüßt. Durch die Veranstaltung von Gewerkschaftsfesten, so hieß es, sei es vielleicht endlich einmal möglich, hier Vorstand zu legen in die Fabrikschichtzeiten. Dem Vorstand wurde das weitere Arrangement überlassen. Die Generalversammlung war für die einzelnen Mitglieder äußerst lehrreich. Unsere Kolleginnen werden ersucht, in Zukunft die Ortsgruppenversammlungen zahlreicher zu besuchen.

Alle diejenigen Mitglieder (weibliche und männliche), welche einer höheren Beitragsklasse beitreten wollen, werden dringend gebeten, dieses bis anfangs Juli den Vordereern mitzuteilen.

Warendorf. Kollege Nienberg eröffnete unsere sehr zahlreich besuchte Versammlung. Der Kassierer erstattete den Kassierbericht. Bei der Revision wurde alles in Ordnung gefunden und dem Kassierer Entlassung erteilt. Den Mitgliedern wurde auch der Zweck und die Wichtigkeit der Lohnkontrollbüchlein ans Herz gelegt. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Es wurde einstimmig beschloffen, den Vertrauensleuten zwei Prozent zu gewähren. Kollege Nienberg besprach noch das Treiben der sogenannten Schmarogler, ferner ermahnte derselbe zur treuen Mitgliederzuführung. Abends 8 Uhr war Schluß der Versammlung.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

„Ein kleiner Irrtum“

Ist dem „Textilarbeiter“ in seiner Nr. 23 unterlaufen. Derselbe berichtet unter der Rubrik „Ausland“ über den Verbandstag des holländischen neutralen Verbandes „Endracht“. Es heißt da: „Der Verband zählt z. B. 21000 Mitglieder gegen 9500 im Vorjahre.“

Diese Zahlen sind etwas stark „abgerundet“. In Wahrheit zählt der betreffende Verband z. B. nämlich 2100 Mitglieder, gegen 950 im Vorjahre. Es ist hier also an jede Zahl nicht eine Null gehängt worden. Warum auch nicht? Es war ja kaum zu erwarten, daß die Zahlen in Deutschland nachgeprüft würden, denn „der Himmel ist hoch und Holland ist weit“.

Heimarbeit-Ausstellung zu Frankfurt a. M.

Die Vorbereitungen für die Heimarbeit-Ausstellung sind im Laufe der letzten Monate erheblich vorgeschritten. Eine weitgehende Arbeitsteilung ist durchgeführt und für jeden einzelnen Heimarbeiterszweig ein besonderer Sachauschuss ins Leben gerufen worden, dessen Aufgabe es sein soll, die Verhältnisse der von ihm zu bearbeitenden Branche innerhalb des Rhein-Maingebietes genau zu erforschen. So gibt es einen Ausschuss für Herrenkleiderkonfektion, für Herrenmähneiderei, für Damen-, für Wäsche- und Schuhfabrikation, für Lederindustrie, für Perlenschneiderei und andere mehr. Im ganzen sind 33 Sachauschüsse bereits an der Arbeit, und etwa 15 andere werden vermutlich noch geschaffen werden. Die rühmlichste Arbeitsteilung hat sich als notwendig erwiesen, da das zu erforschende Gebiet zu groß ist, um bei sehr verbreiteten Heimarbeiterszweigen die Arbeit auf die Schultern eines einzigen Ausschusses zu legen, zumal wenn die Verhältnisse in den einzelnen Orten oder Branchen sehr verschieden liegen. Die Ausschüsse sind in der Weise zusammengesetzt, daß ihnen stets neben dem wissenschaftlichen Leiter Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl angehören. Es liegt also hier der erste Versuch vor, ein wirkliches Bild der Heimarbeit auf vollständig partieller Grundlage und in vollster Unparteilichkeit zu gewinnen.

Es werden in nächster Zeit an Arbeitgeber und Arbeitnehmer Fragebogen ausgegeben werden, deren genaue Ausfüllung wesentlich zum Gelingen der Ausstellung beitragen wird. Mit Rücksicht darauf darf wohl erwartet werden, daß jeder, dem ein solcher Fragebogen zugeht, ihn ausföhrlich und wahrheitsgetreu beantwortet. Wir werden von dem wissenschaftlichen Ausschuss der Ausstellung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Fragebogen lediglich wissenschaftlichen Zwecken dienen, und daß sie nicht zur Kenntnis von Polizei- und Steuerbehörden gelangen. Die Fragebogen können deshalb ohne jedes Bedenken und ohne jede Scheu ausgefüllt werden. Es wird sich wohl niemand der kleinen Mühe der Ausfüllung des Fragebogens entziehen, zumal er dadurch zum Gelingen des sozial u. wichtigen und gegenwärtigen Unternehmens auch seinerseits beitragen kann.

Dürfen Frauen an einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung teilnehmen?

Zu dieser viel umstrittenen Frage fällt der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts eine Entscheidung, die besonders für gewerkschaftliche Kreise von großem Interesse ist. Der Entscheidung liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Der Gauleiter des hiesigen Gewerkschaftsverbandes hatte beim Bürgermeister in Vobberich am 29. November 1905 eine öffentliche Versammlung für Arbeiter und Arbeiterinnen“ angemeldet. Die Anmeldung erfolgte auf einem Zettel mit dem Wortlaut: „Deutscher Textilarbeiterversband — Unterehlicher Gau“. Der Bürgermeister teilte ihm mit, wenn Frauen an der Versammlung teilnehmen, hätte sie die Auflösung zu genehmigen. Die Versammlung sei als Veranstaltung des hiesigen Textilarbeiterversandes anzusehen. Dieser aber wäre ein politischer Verein gemäß § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, wonach Frauen den Versammlungen und Sitzungen solcher Vereine nicht beizutreten dürfen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Die Versammlung, die unter Reimes begonnen wurde, verlief dann auch, als man die Frauen nicht einließ, der Auflösung. Reimes bekehrte sich vergeblich beim Landrat und auch beim Regierungspresidenten zu Düsseldorf. Der Regierungspresident erklärte, daß der deutsche Textilarbeiterversband im Gegensatz zu den Behauptungen des Bezirksleiters als politischer Verein gemäß § 8 des Vereinsgesetzes gelten müsse.

Reimes klagte nunmehr gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht mit dem Antrage, die polizeuliche Verfügung und die Auflösung für unzulässig zu erklären. Es werde bestritten, daß es sich um eine Versammlung des deutschen Textilarbeiterversandes handle. Es seien nicht bloß Mitglieder da gewesen. Zudem wäre das ja schließlich unerheblich, denn auf keinen Fall wäre der deutsche Textilarbeiterversband ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes. Wäre er ein Verein im Sinne des § 8, dann hätte man sicher schon etwas gegen ihn unternommen, da ein solcher Verein auch Frauen nicht als Mitglieder haben dürfte. Der Textilarbeiterversband habe aber 15000 weibliche Mitglieder, und nie und nirgends sei von den Behörden dagegen etwas unternommen worden.

Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts hob denn auch in seiner letzten Sitzung den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und erklärte das Verlangen des Bürgermeisters, keine Frauen in der Versammlung zu dulden, sowie die Auflösung selbst für unberechtigt.

Versammlungsstaler.

- Wagen. 23. Juni, 10 1/2 Uhr, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung, bei Franzen, Kleinmarschierstr. 12.
- Wormen. 23. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Franzen, Weeberstr. 1.
- Wormen i. B. 16. Juni, 11 Uhr, Bücherwechsell, 11 1/2 Uhr Versammlung.
- Dorghort. 23. Juni, 11 Uhr, bei Franz Dörfling, Vertrauensmännerversammlung.
- Cottbus. 6. Juli, 8 Uhr, bei A. Dörfling, Kleiner Saal.
- Cpe Welf. 23. Juni, 11 1/2 Uhr, bei G. Wate, Wafel des Vorstehenden.
- Erfenach. 28. Juni, 8 Uhr, im Weimarischen Hof, von jetzt ab alle 14 Tage Versammlung.
- Geschlag. 22. Juni, 8 Uhr, bei Julius Lorici.
- Gumdelten. 30. Juni, 10 Uhr, Abrechnung.
- Horst i. A. 29. Juni, 8 Uhr, im Lokale zum Präfekten, Verberkt.
- Kreidenhork. 2. Juli, 5 1/2 Uhr, bei Aug. Schmölders.
- Glauhau. 6. Juli, 9 Uhr, im Lokale Meistershaus.
- Greiz-Grannungslein. 22. Juni, 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung.
- Greiz-Obergröhlk. 28. Juni, 8 1/2 Uhr, Theatralokal, öffentliche Versammlung.
- Greiz-Rothenthal-Dölan-Sachsweitz. 5. Juli, 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung.
- Greiz-Rohlk. 12. Juli, 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus, öffentliche Versammlung.
- Greiz-Reinoldsdorf. 19. Juli, 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung.
- Gronau. 23. Juni, 8 Uhr, bei B. Vorlinghaus.
- Gardt. 29. Juni, 11 Uhr, bei Geschwister Willen.
- Hämmern. 30. Juni, 4 1/2 Uhr, bei Wilh. Hübner, Generalversammlung.
- Jöhlenbeck b. Wieselb. 27. Juni, 6 1/2 Uhr, bei Repohl.
- Kettenis. 30. Juni, 11 Uhr, bei Franz Sieber, Generalversammlung.
- Langerfeld. 28. Juni, 9 Uhr, bei Wilh. Keller, am Markt.
- Neumünster. 22. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gesellenvereinslokal (Wagshoffstr.), Fabrikvertrauensmänner-Versammlung.
- Zassenberg. 23. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Wessendorf.
- Städteloh. 23. Juni, 11 1/2 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins.
- St. Zonis. 25. Juni, 9 Uhr, bei Krahwinkel gemeinshafliche Vorstand- und Fortbererung.
- Waldbausen. 22. Juni, 1/2 9 Uhr, bei Joh. von der Burg.
- Waldbausenerhöhe. 22. Juni, 9 Uhr, bei Wm. Uebach.
- Walheim. 30. Juni, 6 Uhr, bei Sub. Meyer, öffentliche Versammlung.
- Ziegenhals. 23. Juni, 4 Uhr, im Schützenhaus.

M. Glöblich-Hermes.

konjum-Verein „Fortuna“, e. O. in b. P. zu M. Glöblich-Hermes. Samstag, den 29. Juni, abends 9 Uhr, beim Wirt Wilh. Gottschalk, Woststraße, Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Quartalsbericht, 2) Besprechung über den Neubau des Geschäftshauses, 3) Mitteilungen. Es ladet freundlichst ein Der Ausschussrat. Johann Hamacher.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand hat für unsern Verband — in Verbindung mit dem christlichen Bauhandwerkerverband — die Herausgabe eines

Sachorgans in holländischer Sprache

beschlossen. Dieses Blatt soll 14-tägig erscheinen. Die Ortsgruppenvorstände werden daher ersucht, baldmöglichst, an die Adresse des Kollegen Ant. Deutmann in Gronau i. Westf. anzugeben, wieviel Exemplare dieses holländischen Organs sie benötigen und an welche Adressen sie gesandt werden sollen.

Wir hoffen, daß unsere holländischen Verbandsmitglieder das neue Blatt begrüßen und zweckentsprechend in der Agitation verwerten werden. Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand. J. A.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

XII. Agitationsbezirk (Schlesien).

Am Sonntag, den 14. Juli, nachm. punkt zwei Uhr, findet zu Neustadt O.-S., Restauration Kübler, Glöblichstraße 2, die diesjährige Bezirkskonferenz statt. Die Ortsgruppenvorstände werden hiermit dringend aufgefordert, zu dieser Konferenz gemäß § 35 der Verbandsstatuten Delegierte zu entsenden.

Tagesordnung: 1. Situationsbericht, 2. Wahl der Agitationskommission, 3. Referat über praktische Agitation.

VIII. Agitationsbezirk (Sfak-Schlöringen).

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 28. Juli in Colmar statt. Die Ortsgruppenvorstände sind gebeten, die Delegiertenwahlen rechtzeitig vorzunehmen. Ortsgruppen mit weniger wie 200 Mitglieder entsenden einen Delegierten, Ortsgruppen mit mehr als 200 bis 500 Mitglieder zwei und Ortsgruppen mit mehr als 500 Mitglieder drei Delegierte. Außerdem gehören die Mitglieder der Agitationskommission und auch die freigestellten Beamten mit allen Rechten zur Konferenz. Näheres wird noch bekannt gegeben. Mit kolleg. Gruß J. A.: Der Bezirksleiter: Franz Fischer.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Amalie Liddy in Greiz. Christoph Dimper in Fürth. Peter Willms in Verlautenheide. Louis Wagner in Langenberg. Hermann Schroes in Dülken. Maria Ortmeier in Emsdöthen. Ihre ihrem Andenken!